

VII. Kapitel Wirtschaft

Regierungsreferent: Landesrat Mag. Karlheinz Rüdissler

Regierungsreferent für Angelegenheiten der Energiepolitik: Landesrat Ing. Erich Schwärzler

Regierungsreferentin für Telekommunikationspolitik: Landesrätin Dr. Greti Schmid

Regierungsreferent für Maschinenbau, Elektro- und Seilbahntechnik: Landesstatthalter Mag. Markus Wallner

Regierungsreferent für Abfallwirtschaft: Landesrat Ing. Erich Schwärzler

1. Wirtschaftspolitik:

1.1 Wirtschaftsentwicklung:

Die allgemeine Konjunkturlage im Jahr 2010 war von einem breiten Aufschwung mit viel Unsicherheit geprägt. Es konnten jedoch viele Staaten langsam die rezessive Phase überwinden. Auch die Vorarlberger Wirtschaft bekam diesen Aufschwung zu spüren. Die Arbeitsmarktsituation hat sich im Laufe des Jahres kontinuierlich verbessert. Im Berichtszeitraum 2010 zeigt sich, dass die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahr um rund 4.100 auf den Wert von 149.941 am Ende des Jahres gestiegen ist.

Nachstehend einige Fakten aus den Bereichen Tourismus und Arbeitsmarkt, die die Situation der Vorarlberger Wirtschaft im Jahr 2010 kennzeichneten:

Der Tourismus konnte sich ebenfalls relativ gut behaupten. In der Wintersaison wurden rund 4,75 Mio. Übernachtungen registriert, in der Sommersaison verzeichneten die Vorarlberger Tourismusbetriebe rund 949.000 Ankünfte, was eine Steigerung von rund zwei Prozent bedeutet. Die Nächtigungszahl lag mit rund 3,4 Mio. auf gleicher Höhe.

Auf Grund der Wirtschaftslage ist die Arbeitslosenrate im Laufe des Jahres zum Teil deutlich gesunken. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen belief sich Ende 2010 auf rund 9.300, was einer Reduzierung von rund 18 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Im Schnitt betrug die Arbeitslosenquote in Vorarlberg am Ende des Jahres 5,9 Prozent (gegenüber 7,3 Prozent im Vorjahr) und lag damit unter dem Österreich-Schnitt von 6,3 Prozent. Die Arbeitslosenquote für Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren betrug 2010 3,4 Prozent und ist gegenüber dem Vorjahr (4,3 Prozent) ebenfalls gesunken. Die Arbeitslosigkeit bei den 20- bis 24-Jährigen betrug am Jahresende 6,6 Prozent gegenüber 9,4 Prozent im Vorjahr. Die Arbeitslosenrate für ältere Menschen (ab 50) sank von 8,1 auf 6,6 Prozent.

Die Inflationsrate belief sich im Jahresdurchschnitt 2010 auf einen Wert von 1,9 Prozent und lag damit deutlich über der Marke von 2009.

1.2 Wirtschaftspolitische Maßnahmen:

Schwerpunkte der Wirtschaftsförderungen:

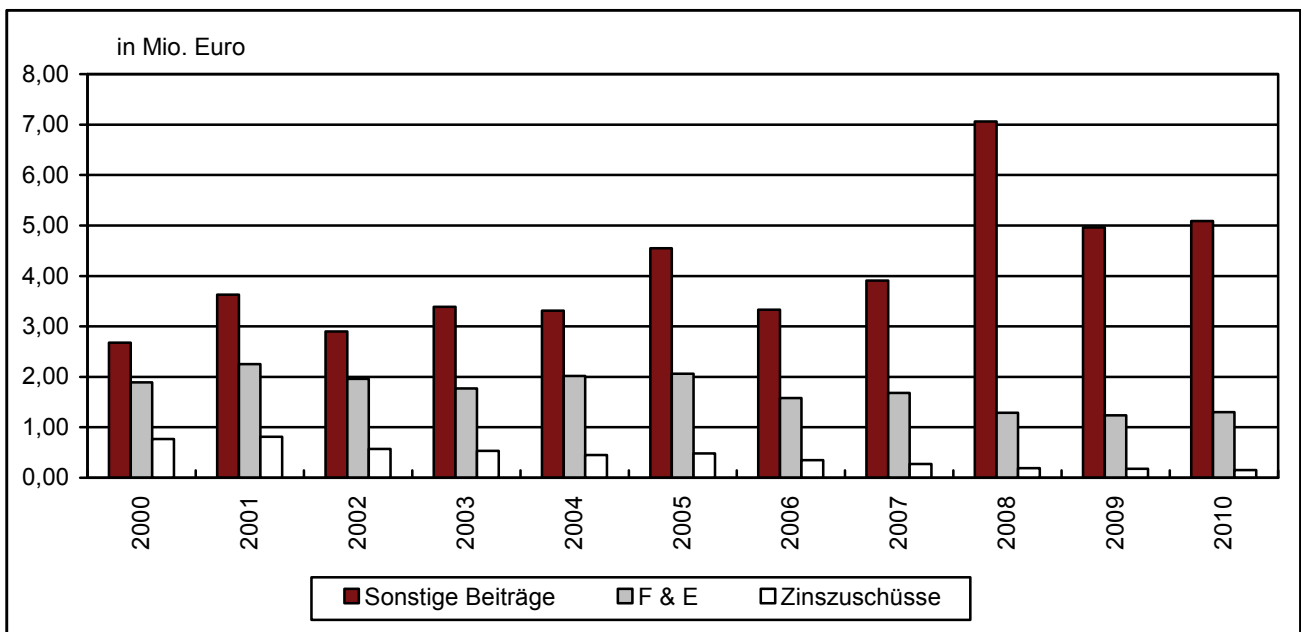
Aktion	bewilligte Fälle 2010	Aufwand 2010 in Euro	gefördertes Darlehensvolumen in Euro
Förderung von Internationalisierungsaktivitäten	31	328.182,80	
Jungunternehmerförderung	97	338.998,—	3.690.400,—
Aktion zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur Vorarlberg	47	1.980.613,41	22.681.400,—
Förderung der betrieblichen Forschung und Entwicklung	23	1.297.295,20	—

Wirtschaft

Förderung der Lebensmittelnahversorgung	104	853.278,20	–
Beratung und Qualifizierung von Unternehmen	58	148.618,75	–
Jungunternehmer Ausbildungs- und Beratungsförderung	82	52.732,59	–
AWS-Unternehmensdynamik (Plusprämie)	4	49.102,50	–
Kooperationsförderung	3	191.483,84	–
Zuschüsse nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz (AMFG)	–	243.990,42	–
Kleingewerbeförderung	206	974.030,—	658.200,—
Bildungskarenz plus	10	29.285,66	–

Der Gesamtförderungsaufwand für Handels-, Gewerbe- und Industriebetriebe betrug inklusive der Ausfallszahlungen im Rahmen des Chancenkapitalmodelles Vorarlberg im Jahr 2010 Euro 6.539.344,70.

Förderung für Handels-, Gewerbe- und Industriebetriebe



- **Kleingewerbeförderung:**
Diese Förderung wurde im Rahmen eines umfangreichen Konjunkturpaketes des Landes im Jahr 2009 neu geschaffen. Ziel ist es, kleine Betriebe bei Investitionen zu unterstützen. In den ersten beiden Jahren wurden bereits 422 Fälle bewilligt.
- **Bildungskarenz plus:**
Dieses Förderprogramm wurde ebenfalls auf Grund der wirtschaftlichen Lage im Jahr 2009 gestartet und per 31.12.2010 auf Grund des sich stark verbesserten Arbeitsmarktes wieder eingestellt. Ziel war es, in Schwierigkeiten geratene Betriebe zu unterstützen, damit sie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht entlassen müssen. Im Jahr 2010 wurden noch zehn Firmen (18 Personen) durch Bildungskarenz plus unterstützt. Insgesamt konnten 35 Firmen und damit 87 Personen unterstützt werden.
- **Aktion zur Stärkung der Wirtschaftsstruktur Vorarlbergs:**
Diese Förderungsaktion hat zum Ziel, Investitionen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen mit Zuschüssen zu erleichtern. Einer der Hauptschwerpunkte der Aktion ist die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Im Rahmen dieser Aktion konnten im Jahr 2010 rund 120 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das gesamte durch die Förderung induzierte Investitionsvolumen belief sich auf rund 39 Mio. Euro.

- Förderung der Lebensmittelnahverorgung:
Das Ziel dieser Förderung besteht darin, die Nahversorgungsstruktur auch im ländlichen Raum aufrecht zu erhalten. Neben Investitionszuschüssen wurden Zuschüsse zu den Betriebskosten an 53 Betriebe in Höhe von insgesamt Euro 403.000,— gewährt. Betriebskostenzuschüsse werden unter der Bedingung gewährt, dass nur mehr ein einziges Vollsortiment führendes Lebensmittelgeschäft in der Gemeinde existiert.
- Chancenkapitalmodell Vorarlberg:
Ziel der Förderungsaktion ist die langfristige Verbesserung der Finanzierungsstruktur kleiner und mittlerer Betriebe in Vorarlberg durch die teilweise Übernahme von Risiken privater Investoren, die sich an einem Unternehmen mit Wachstumspotential beteiligen. Seit Beginn der Förderaktion wurde in 51 Fällen eine Haftung übernommen. Das derzeit aushaftende Haftungsvolumen beläuft sich auf rund 3,07 Mio. Euro.

Forschung und Entwicklung:

Zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit setzt das Land Vorarlberg im Bereich Forschung und Entwicklung einen deutlichen Schwerpunkt. Neben der Gewährung von Beiträgen und zinslosen Darlehen in Höhe von insgesamt rund 1,3 Mio. Euro im Rahmen der betrieblichen Forschung und Entwicklung gilt es, vorrangig bestehende F&E-Strukturen zu stärken und neue Forschungseinrichtungen aufzubauen. Dies soll einerseits durch die Entwicklung von F&E-Kooperationen und Netzwerken, andererseits aber auch durch den Aufbau eigener Forschungs- und Wissenstransfer-Ressourcen erfolgen.

Folgende Projekte wurden im Jahr 2010 mit Unterstützung des Landes und des Bundes umgesetzt:

- K_{IND} Kompetenzzentrum:
Im Kompetenzzentrum der VResearch GmbH werden die Forschungsbereiche Tribotronik (Werkstofftechnik und Tribologie in Kombination mit Mechatronik, Sensorik und Simulation) und Technische Logistik (Logistik in Kombination mit Hardware und positionsabhängiger Information) abgedeckt. Das Projekt wurde erfolgreich durchgeführt und ist im Berichtsjahr ausgelaufen. Im Jahr 2010 wurden noch Beiträge in Höhe von Euro 69.648,28 zur Auszahlung gebracht.
- K_{NET} „Licht“:
Im Rahmen dieses K_{NET}, das sich mit mehreren Feldern der Lichtforschung beschäftigt, konzentriert sich der Forschungsknoten Vorarlberg auf die thematische Bearbeitung des Einsatzes von Licht-emittierenden Dioden in der Allgemeinbeleuchtung. Diese Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sind für die Lichtindustrie in der Zukunft von höchster Bedeutung. Die zweite Periode ist 2010 ausgelaufen. Es wurden noch Restbeiträge in Höhe von Euro 74.059,— geleistet.
- V-start Kompetenzzentrum:
V-start bildet die Brücke zwischen akademischer Forschung und Entwicklung einerseits und den Organisationen zur Betreuung und Finanzierung von Start-up-Unternehmen andererseits. Ziel ist die Unterstützung akademischer Unternehmensgründungen durch die Erweiterung des Potenziales an Unternehmensgründungen. Weiters sollen chancenreiche Forschungsergebnisse erfolgreich verwertet werden. Das Projekt ist im Berichtsjahr ausgelaufen. Seitens des Landes wurden im Jahr 2010 noch Beiträge in Höhe von Euro 39.825,— geleistet.

Das Land Vorarlberg hat sich erfolgreich am Kompetenzzentren-Programm COMET des Bundes beteiligt und den Zuschlag für fünf neue Projekte erhalten. Dieses COMET-Programm versteht sich als innovative Weiterentwicklung der sogenannten bisherigen K-Projekte. Die Bündelung von wissenschaftlich-technologischen Kompetenzen in einem Zentrum und die von Industrie und Forschungseinrichtungen gemeinsame Definition von Themen sollen in Folge zu substantiellen Synergieeffekten in der Technologieentwicklung und zu verstärktem Technologietransfer führen.

Wirtschaft

Folgende fünf Projekte wurden im Jahr 2010 gestartet:

- COMET-Projekt K-Licht:
Für eine Nutzung der LED Technologie für die Allgemeinbeleuchtung sind heute noch viele technische Probleme zu lösen, obwohl diese Technologie große Potenziale, vor allem hinsichtlich energieeffizienter Beleuchtung, in sich birgt. Probleme ergeben sich vor allem im Bereich der zu großen Wärmeentwicklung von LED Modulen, wodurch heute beispielsweise deren Einsatz in Spots nicht möglich ist. Weiters ist aus Gründen der Energieeffizienz das automatische Mischen von Kunstlicht (LED Licht) und Tageslicht sinnvoll, aber technisch noch nicht umgesetzt. Darüber hinaus gibt es kaum zuverlässige Erkenntnisse hinsichtlich der Wirkung von LED Licht auf den Menschen. Diesen Fragestellungen im Detail nachzugehen ist die Aufgabe dieses COMET-Projektes. Im Jahr 2010 wurden Zuschüsse von Euro 72.068,50 ausbezahlt.
- COMET-Projekt Pro DSS:
Nach der erfolgreichen Aufbauarbeit von V-Research soll nun gemeinsam mit Vorarlberger Industriepartnern und internationalen Forschungsinstitutionen ein – auf weitere fünf Jahre ausgerichtetes – Zentrum mit Schwerpunktbereich „Entscheidungsunterstützung für industrielle Prozesse“ eingerichtet werden. Dieses Forschungs- und Entwicklungsprogramm befasst sich deshalb mit Modellen, Methoden und der Informationsbeschaffung zur Unterstützung lokaler und unternehmensübergreifender Planungsaktivitäten in den Phasen Produktentwicklung und strategische, taktische und operative Planung für Prozesse in der Wertschöpfungskette. Im Jahr 2010 wurden Beiträge von Euro 224.998,— ausbezahlt.
- K-Projekt „Sports Textiles“:
Durch den hohen Anspruch an aktivitätsspezifischer Funktionalität ist der Bereich der Sport-Textilien einer der europäischen Märkte, die stark durch Innovation und Forschung vorangetrieben werden können. Gerade bei körperlich fordernden Aktivitäten übernimmt eine funktional konzipierte Sportbekleidung einen wesentlichen Beitrag zur Unterstützung der Leistungsfähigkeit und zum Erhalt des Tragekomforts. Im Jahr 2010 wurden Beiträge in Höhe von Euro 69.026,— ausbezahlt.
- COMET-Projekt alpS:
Um in Vorarlberg im Gebäudebereich die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern zu erhöhen, erscheint ein starker Ausbau der Nutzung von Geothermie und Solarenergie für die umweltfreundliche Erzeugung von Wärme, Kälte und Strom als eine erfolgversprechende Maßnahme mit hohem Potenzial. Neben den Technologien zur Gewinnung dieser Energie hat dies auch Auswirkungen auf vielfältige Gebäude- und Infrastrukturaspekte. In der Realität zeigt sich, dass – auch über die Grenzen Vorarlbergs hinaus – für den Fall eines breiten Einsatzes sowohl bei den Energiegewinnungstechnologien als auch den Gebäude- und Infrastrukturaspekten Forschungsbedarf besteht. Im Jahr 2010 wurden Beiträge von Euro 159.700,— ausbezahlt.
- COMET-Projekt Xtribology:
Das zentrale Thema der verschiedenen Forschungsvorhaben in diesem Programm ist die Tribologie in ihrer Vielfalt der Anwendungen. Durch die Einbindung verschiedenster Fachbereiche in eine Organisationseinheit ist ein multidisziplinärer Anspruch gegeben, der ein hohes Potenzial zur Erweiterung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und technologischen Entwicklungen darstellt. Die gemeinsame Basis aller Anwendungen stellt das Tribologische System dar. Im Jahr 2010 wurden Beiträge von Euro 178.655,— ausbezahlt.

EU-Förderungen:

Programm Regionale Wettbewerbsfähigkeit 2007 – 2013:

Das Programm „Regionale Wettbewerbsfähigkeit Vorarlberg 2007 – 2013“ wurde von der Europäischen Kommission am 4.5.2007 genehmigt und im Jahr 2008 erfolgreich gestartet. Für Vorarlberg stehen 17,7 Mio. Euro an EFRE-Mittel zur

Verfügung. Es müssen nationale Kofinanzierungsmittel im selben Ausmaß aufgebracht werden. Somit stehen in dieser Strukturfondsperiode insgesamt 35,4 Mio. Euro an Fördermitteln für innovative Projekte in Vorarlberg zur Verfügung.

Bisher konnten 78 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 112,5 Mio. Euro zugesagt werden. Hierfür sind 8,6 Mio. Euro an EFRE-Mitteln und ebenfalls 8,6 Mio. Euro an nationalen Mitteln bereitgestellt worden. Es wurden bereits 3,5 Mio. Euro an EFRE-Mitteln und 3,6 Mio. Euro an nationalen Mitteln für ein Investitionsvolumen von 59,7 Mio. Euro ausbezahlt.

INTERREG IV Alpenraum-Bodensee-Hochrhein:

Das grenzüberschreitende Programm INTERREG IV Alpenraum-Bodensee-Hochrhein fördert innovative Projekte, bei denen Partner aus Deutschland oder der Schweiz einbezogen sind. Die Abteilung Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (VIa) stellt für besonders unterstützenswerte Projekte einen Teil der nationalen Kofinanzierung zur Verfügung. Dies erfolgte bisher für sechs Projekte. Die Höhe der Landesmittel für die nationale Kofinanzierung beträgt Euro 756.893,45. Ausbezahlt wurden im Jahr 2010 für diese Projekte insgesamt Euro 22.120,16 an Landesmitteln.

INTERREG IV ALPINE SPACE:

Das Programm Europäische territoriale Zusammenarbeit „Alpine-Space“ fördert grenzüberschreitende Projekte im Alpenraum. Hier sind mehr Mitgliedstaaten involviert als beim Binnengrenzenprogramm Alpenraum-Bodensee-Hochrhein. Die Antragstellung erfolgt mittels Calls. Ein zentrales Technisches Sekretariat entscheidet in einem zweistufigen Verfahren über die Vergabe von Fördermitteln an Projekte. Es waren fünf Projekte mit Vorarlberger Beteiligung in der Auswahl. Für die beiden Projekte „Comunis“ und „Enerbuild“ stellt die Abteilung Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (VIa) Mittel für die nationale Kofinanzierung in Höhe von Euro 82.479,— zur Verfügung. Es wurden im vergangenen Jahr bereits Euro 41.291,86 für diese Projekte ausbezahlt.

LEADER – Programm Vorarlberg:

Ein Teil des Landwirtschaftsprogramms 2007 – 2013 bildet das Vorarlberger Leader-Programm. In diesem Programm können Projekte mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung im ländlichen Raum gefördert werden. Projekte mit unmittelbarem Bezug zur Wirtschaft, Energie und Tourismus werden von der Abteilung Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (VIa) mit Landesmitteln kofinanziert. Das Programm ist bereits fast zur Gänze ausgeschöpft. Es wurden bisher Förderzusagen von Seiten der Abteilung Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (VIa) für 15 Projekte gemacht. Diese Projekte haben ein Gesamtinvestitionsvolumen von 5,6 Mio. Euro. An Fördermitteln stehen für diese Projekte Landesmittel in Höhe von 1,38 Mio. Euro und ELER-Mittel in Höhe von 1,4 Mio. Euro bereit. Es konnten für elf Projekte Landesmittel in Höhe von Euro 280.994,40 ausbezahlt werden.

Erhöhung der Wertschöpfung bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen:

Die Förderaktion Erhöhung der Wertschöpfung bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Teil des Landwirtschaftsprogramms ist, wird von der Abteilung Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (VIa) kofinanziert. Abwickelnde Stelle ist der ERP-Fonds in Wien. Die Förderwerber bekommen einen verlorenen Zuschuss, der eine Kombination aus EU-, Bundes- und Landesmitteln darstellt. In dieser Aktion konnten bisher neun Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 34,8 Mio. Euro zugesagt werden. Die Unterstützung des Landes für diese Projekte beträgt insgesamt 1,007 Mio. Euro. An fünf Projektträger wurden bisher Euro 570.244,— an Landesmitteln ausbezahlt.

ESF-Förderungen:

Die Umsetzung des Operationellen Programms „Beschäftigung Österreich 2007 – 2013“ fördert arbeitsmarktpolitische Themen auch mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Im Rahmen dieses Programms finanziert der Bund gemeinsam mit dem ESF den Territorialen Beschäftigungspakt Vorarlberg. Über diesen Pakt werden im Schwerpunkt 3b

Wirtschaft

Projekte für arbeitsmarktferne Personen gefördert. Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMASK) ermittelt die Projekte der Pakte mittels Calls.

Im ersten Call wurde für Vorarlberg das Projekt „Schnittstelle Notstandshilfe/Sozialhilfe“ genehmigt und abgewickelt. Es konnten im Rahmen dieses Projektes die Verbesserung der Integration von langzeitarbeitslosen Personen in den Arbeitsmarkt und die Verbesserung des Zusammenwirkens der beteiligten Institutionen bewirkt werden.

Die Gesamtkosten des Projektes in den zwei Jahren betragen Euro 1.562.508,09. Finanziert wurde dieses Projekt aus verschiedenen Töpfen. So standen ESF-Mittel in Höhe von Euro 718.753,72, Mittel der Abteilung Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (VIa) in Höhe von Euro 87.192,59, Mittel des Sozialfonds der Abteilung Gesellschaft, Soziales und Integration (IVa) in Höhe von Euro 325.186,33, Mittel der Stadt Dornbirn in Höhe von Euro 18.996,55 und Mittel des AMS Vorarlberg in Höhe von Euro 412.378,91 zur Verfügung. In einem zweiten Call wurde vom BMASK aus dem Schwerpunkt 3b dem Beschäftigungspakt Vorarlberg das Projekt „Migration und Arbeitsmarkt“ auf zwei Jahre genehmigt. Dieses aus acht Modulen bestehende Projekt soll der Verbesserung der Integration arbeitsmarktferner Personen in den Arbeitsmarkt durch die Entwicklung und Erprobung neuer Maßnahmen dienen und das verbesserte Zusammenwirken der beteiligten Institutionen bringen. Es wurden hierfür Gesamtkosten in Höhe von 5,038 Mio. Euro veranschlagt. Diese Kosten werden finanziert zu 2,317 Mio. Euro aus ESF-Mitteln, zu 1,787 Mio. Euro aus Mitteln des AMS, zu Euro 871.522,32 aus Mitteln der Abteilung Allgemeine Wirtschaftsangelegenheiten (VIa), mit Euro 30.000,— aus Mitteln der Abteilung Inneres und Sicherheit (Ia) und Euro 32.000,— aus Mitteln der Abteilung Gesellschaft, Soziales und Integration (IVa) (Frauenreferat). Der Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Jugendlichen mit migrantischem Hintergrund. Die Produktionsschule, aber auch niederschwellige Projekte wie Werkstadt Bregenz oder Job Ahoi und Startbahn Feldkirch, sind Teile dieses zweijährigen Projektes.

Für die Förderung von Konzepten, der Erschließung neuer Betriebsgebiete, der Entwicklung von Projekten in ländlichen Gebieten, von innovativen Maßnahmen, Lawinenschutzmaßnahmen, Verarbeitung und Vermarktung u. a. wurden im Jahr 2010 Landesmittel in Höhe von insgesamt Euro 676.622,84 aufgewendet.

1.3 Tourismuspolitische Maßnahmen:

Förderungsschwerpunkte	Förderungsbeiträge 2010 in Euro
Beitrag an den Landesverband für Tourismus	3.050.000,—
Beiträge an die regionalen Tourismusverbände	2.067.890,90
Top-Tourismus-Förderung Bund/Land	519.978,12
Beiträge Qualitätsverbesserung – Beherbergung	973.316,—
Beiträge Qualitätsverbesserung – Gastronomie	157.691,50
Beiträge für Leistungen der Österreich Werbung	187.200,—
Beiträge für tourismusfördernde Veranstaltungen	104.040,01
Förderung „Convention Partner Vorarlberg“	105.000,—
Zuschüsse Qualitätsverbesserung von Privatzimmern	32.412,71
Landesbeitrag Filmproduktion „Der Atem des Himmels“	100.000,—
Aktion „Vorarlberg isst“	25.000,—
Beiträge für regionale Freizeiteinrichtungen	958.920,80
Beiträge für den Ausbau des Mountainbikeroutennetzes	183.878,50
Projekt „Appartement Pools“	22.500,—
Projekt „Horizon Field“	25.000,—
Kompetenzstelle Geodata-Services	25.000,—
Förderung Digitalisierung der Kinos	56.009,17
verschiedene Beiträge	89.675,63

Tourismusoffensive 2010+:

Vorarlberg bekennt sich zu den regionalen Destinationsstrukturen. Der Schwerpunkt der Destinationsförderung liegt in einem jährlichen Basisbeitrag, welcher den Destinationen auf der Grundlage von zwischen Land und der jeweiligen Destination abgeschlossenen Zielvereinbarungen gewährt wird. Darüber hinaus fördert das Land die Umsetzung von innovativen Destinationsprojekten, welche schwerpunktmäßig auf die Themenbereiche „markenkonforme Angebotsentwicklung“ sowie „e-Marketing“ ausgerichtet sind.

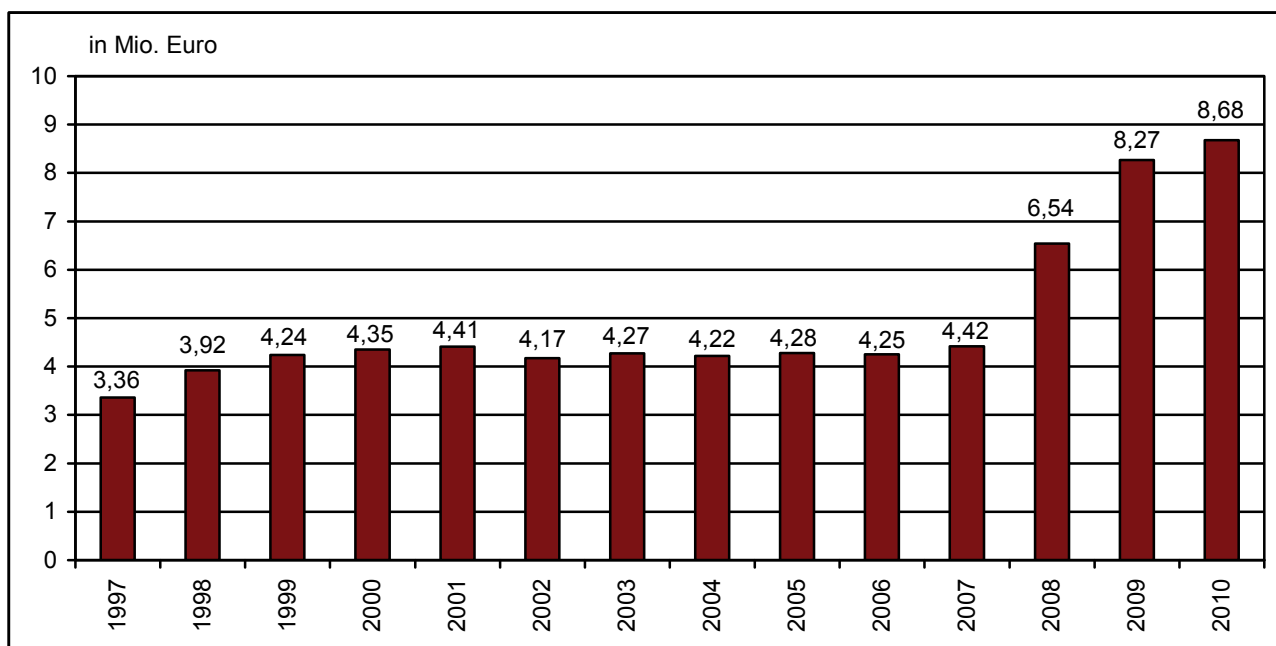
Im Jahr 2008 wurden im Rahmen des Tourismuskonzeptes neue Förderungsrichtlinien zur Qualitätsverbesserung für Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe in Kraft gesetzt. Dabei werden Investitionen zur Qualitätsoptimierung gefördert. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 103 Fälle beschlossen.

Im Jahr 2009 wurden Förderungsrichtlinien zur Unterstützung der Errichtung von regionalen und multifunktionalen Sport- und Freizeiteinrichtungen beschlossen. Dabei werden Investitionsbeiträge bis zur Höhe von 15 Prozent gewährt. Im Jahr 2010 wurden Förderbeiträge für zwei Projekte beschlossen.

Die Förderungsrichtlinien zur Qualitätsverbesserung von Privatzimmern wurden im Jahr 2009 stark verbessert. Die Förderung erfolgt in Kooperation mit den Gemeinden. Im Jahr 2010 wurden 36 Fälle in 16 Gemeinden gefördert.

Die Gesamtausgaben im Bereich Tourismus betragen im Jahr 2010 Euro 8.683.513,34.

Ausgaben für Tourismusförderung



Sonstige Wirtschaftsförderungen:

- Wirtschaftsstandort Vorarlberg GmbH (WISTO) als Serviceeinrichtung:

Neben der Unterstützung ausländischer Investoren steht die wirksame Betreuung von kleinen und mittleren Unternehmen der Vorarlberger Wirtschaft im Mittelpunkt der Bemühungen der Gesellschaft. Die Aktivitäten der WISTO wurden im Jahr 2010 in diesem Bereich konsequent weitergeführt. Im Zuge des massiven Ausbaues der Forschungstätigkeiten ist die WISTO ein wichtiger Ansprechpartner in allen Belangen der betrieblichen und überbetrieblichen Forschung und Entwicklung, die nicht von der Fachhochschule abgedeckt werden. Der auf das Land Vorarlberg im Jahr 2010 aus Mitteln des Landesbudgets entfallende Aufwand betrug inklusive der Aufwendungen für das Vorarlberger Technologie-Transferzentrum Euro 350.000,—.

Wirtschaft

- Vorarlberger Architekturinstitut:
Das Land gewährte für die Aktivitäten des Vorarlberger Architekturinstitutes im Jahr 2010 einen Landesbeitrag in Höhe von Euro 105.000,— für die Durchführung verschiedener Ausstellungen, Symposien usw.
- Umweltmanagementprogramm „ÖKOPROFIT“:
ÖKOPROFIT ist ein Programm für integrierten Umweltschutz in Betrieben bzw. Organisationen. Das ÖKOPROFIT-Zertifikat gilt jeweils für ein Jahr. Mittlerweile sind 266 Betriebe in Vorarlberg mit diesem praxisnahen Umweltmanagementprogramm ausgestattet, in denen rund 26.000 Beschäftigte tätig sind. Im Jahr 2010 wurden insgesamt 138 Vorarlberger Betriebe/Organisationen mit dem ÖKOPROFIT-Zertifikat ausgezeichnet, davon 17 Betriebe erstmalig. Die Aufwendungen aus dem Landesbudget betragen Euro 45.360,—. Die Hälfte dieser Kosten wurden von den Standortgemeinden wieder refundiert.
- Regionalprogramm IM-PULS3:
Das Land Vorarlberg hat ein Regionalprogramm zur Förderung des betrieblichen Umweltschutzes gestartet, welches durch die Kommunalkredit Public Consulting in Wien kofinanziert wird. Dabei wurde dem Energieinstitut Vorarlberg der Auftrag erteilt, betrieblich relevante Beratungsprogramme durchzuführen. Im Jahr 2010 wurden von der Kommunalkredit in Wien Euro 375.614,— an das Land bezahlt. Dem Energieinstitut wurden Mittel in Höhe von Euro 288.000,— zur Verfügung gestellt.
- Innovationspreis 2010:
Im Jahr 2010 wurde zum zwölften Mal der Innovationspreis von Land Vorarlberg und Wirtschaftskammer Vorarlberg vergeben. Ziel dieser Veranstaltung ist es, besonders innovative Produktentwicklungen der heimischen Wirtschaftsbetriebe zu fördern. Es wurden 28 Projekte eingereicht, an sieben Firmen wurden Auszeichnungen vergeben. Die Kosten tragen die Wirtschaftskammer und das Land je zur Hälfte. Die Aufwendungen für das Land betragen Euro 23.914,48.

Im Jahr 2010 wurden aus dem Wirtschaftsressort weitere Förderungsbeiträge u. a. für das Österreichische Chemiefaserinstitut (Euro 6.000,—), das Österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut (Euro 9.862,—) und die Vorarlberger Volkswirtschaftliche Gesellschaft (Euro 8.000,—) gewährt. Für diverse Konzepte, Studien, Broschüren, Gutachten, Inse-
rate, Tagungen, Veranstaltungen u. a. wurden im Jahr 2010 Beiträge in der Höhe von Euro 152.328,98 gewährt.

1.4 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen:

Durch die Unterstützung von Beschäftigungsprojekten für arbeitsmarktpolitische Problemgruppen soll den betroffenen Menschen geholfen und eine möglichst rasche Reintegration in den Arbeitsmarkt angestrebt werden. Solche Projekte werden größtenteils in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice umgesetzt.

Förderungsaktionen und Beschäftigungsprojekte	Landesbeiträge 2010 in Euro
Arbeitsinitiative Bezirk Feldkirch (ABF)	383.612,11
Verein zur Förderung der Ausbildung und Beschäftigung im Oberland (ABO).....	125.287,42
Verein aqua Mühle	207.378,23
Caritas.....	573.160,94
Haus der Jungen Arbeiter	423.992,75
Dornbirner Jugendwerkstätten	199.431,71
Verein Integra.....	540.474,95

(Im Rahmen dieser Beschäftigungsprojekte finanzierte das Land ein Drittel der Lohnkosten der
Transitarbeitskräfte, die restlichen Kosten wurden durch das AMS und den Trägerverein finanziert)

Projekt Hauptschulabschluss (Finanzierung Projekt eins: je ein Drittel Stadt Dornbirn, AMS und Land, Projekt zwei: 80 Prozent Bund und EU, 20 Prozent Land).....	20.235,40
Überbetriebliche Lehrausbildung (Finanzierung 25 Prozent Land, 75 Prozent AMS).....	587.754,63
Projekt Lehrlingscoaching (Finanzierung je 50 Prozent Land und AMS)	40.221,50
Projekt Jobhouse (Finanzierung 25 Prozent Land und 75 Prozent AMS).....	248.366,72
Überbetriebliches Ausbildungszentrum (Finanzierung 25 Prozent Land, 75 Prozent AMS für den laufenden Aufwand, für Investitionen 100 Prozent Land)	626.029,92
Projekt Brücke zur Arbeit (Finanzierung je 50 Prozent Land und AMS)	678.166,35
ARGE soziale Berufsorientierung (Finanzierung je 50 Prozent Land und AMS)	132.656,11
Projekte im Rahmen des ESF-Schwerpunktes 3b „arbeitsmarktferne Personen“	339.291,33
Eingliederungsbeihilfe „Aktion 4000“	356.000,25
verschiedene Förderungsbeiträge.....	59.597,01

In den einzelnen Arbeitsinitiativen werden die Lohnkosten von rund 310 Transitarbeitsplätzen gefördert. Der Gesamtbeitrag für arbeitsmarktpolitische Aktionen betrug im Jahr 2010 Euro 5.541.657,33.

– Integration:

Viele der oben genannten Maßnahmen sind schwerpunktmäßig auf Jugendliche bzw. Ältere und/oder Langzeitarbeitslose ausgerichtet. Aus Erfahrung haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der einzelnen Maßnahmen z. B. Hauptschulabschluss, JobHouse migrantischen Hintergrund. Im Rahmen des operationellen Programms „Beschäftigung Österreich 2007-2013“ wurde unter dem Schwerpunkt 3b das Projekt „Migration und Arbeitsmarkt“ gefördert. Niederschwellige Beschäftigungsprojekte wie Werkstatt Bregenz, Job Ahoi oder die Startbahn Feldkirch wurden gefördert. Auch in diesen Projekten hat der überwiegende Anteil der Jugendlichen migrantischen Hintergrund. Ein Projektschwerpunkt war auch die Sprachförderung.

– Bildungszuschuss:

Im Rahmen dieser im Jahr 2004 gestarteten und laufend verbesserten Förderaktion werden verstärkt Aus- und Weiterbildungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auch Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützt. Die Finanzierung dieser Aktion erfolgt zu 50 Prozent durch das Land. Die verbleibenden 50 Prozent werden zu gleichen Teilen von der Arbeiterkammer, der Wirtschaftskammer und dem BMASK getragen. Seit Beginn der Förderungsaktion wurden bereits 1.419 Fälle im Rahmen des Bildungskontos, 2.396 Fälle im Rahmen der Bildungsprämie, 379 Fälle im Rahmen des Startkapitals und 842 Fälle im Rahmen der Wohnungszuschüsse für Lehrlinge beschlossen. Im Jahr 2010 fielen für das Land Vorarlberg Ausgaben in Höhe von Euro 589.313,68 an.

– Aus- und Weiterbildung:

Durch einen Landesbeitrag im Ausmaß von Euro 336.000,— wurde im Jahr 2010 das Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer unterstützt. Weiters wurde der Arbeiterkammer für das berufsfördernde Kurswesen mit dem Berufsbildungszentrum ein Beitrag in Höhe von Euro 175.200,— gewährt. Für die Konsumentenberatung der Arbeiterkammer wurde ein Zuschuss in Höhe von Euro 144.000,— gewährt. Für den Ausbau der WIFI-Werkstätten für die HTL Dornbirn wurde ein Investitionszuschuss in Höhe von Euro 472.781,09 gewährt. Weiters wurde für den Neubau

Wirtschaft

des Berufsbildungcenters der Arbeiterkammer ein Investitionszuschuss von Euro 300.000,— gewährt. Um die Entscheidungsfindung bei der Berufswahl bzw. in der beruflichen Neuorientierung zu erleichtern, wird vom Land Vorarlberg und der Wirtschaftskammer die Berufs- und Bildungsinformations GmbH (BIFO) finanziert. Im Jahr 2010 wurden für diese Einrichtung Aufwendungen in Höhe von insgesamt Euro 426.388,85 getätigt. Land und Wirtschaftskammer haben im Jahr 2010 die Aktion „Sprachaufenthalte für Lehrabsolventen im Ausland“ weitergeführt. Der 50-prozentige Kostenanteil des Landes betrug Euro 18.975,—. Für Beratungen von Unternehmen im Rahmen der Anlaufstelle für Unternehmenssicherungen wurde ein Beitrag in Höhe von Euro 21.289,07 gewährt.

– Technologie- und Bildungsoffensive:

Das Land Vorarlberg unterstützt im Rahmen dieser Offensive die Anschaffung von technischen Einrichtungen für berufsbildende mittlere und höhere Schulen, um eine den Bedürfnissen der betrieblichen Praxis entsprechende Ausbildung zu ermöglichen. Im Jahr 2010 betrug der Aufwand einschließlich der Beiträge an die Kuratorien der höheren Schulen und der damit im Zusammenhang stehenden Beratungsleistungen Euro 283.107,24. Weiters wurde die IKT-Offensive für die Vorarlberger Schulen fortgesetzt. Vorrangiges Ziel ist dabei die Investition in eine IKT-Infrastruktur und das hierzu benötigte Umfeld (z. B. Fortbildung der Lehrer), sodass die Schüler eine dem neuesten Stand der Technik entsprechende Ausbildung erhalten. Die Koordination des Projektes hat der Landesschulrat übernommen. Im Jahr 2010 wurde seitens des Landes dafür ein Zuschuss in Höhe von Euro 300.000,— gewährt.

2. Energiepolitik:

Energieinstitut:

Die Anliegen des effizienten Energieeinsatzes und der verstärkten Anwendung erneuerbarer Energieträger wurden durch die Mitarbeit im Vorstand des Energieinstitutes wahrgenommen. Dem Institut wurden im Jahr 2010 Beiträge in Höhe von insgesamt Euro 790.000,— gewährt. Der Mitgliedsbeitrag betrug wie in den Vorjahren Euro 2.907,—. Die Arbeitsschwerpunkte lagen in der Energieberatung, der Durchführung und Begleitung von Forschungs- bzw. Pilotprojekten, der Bildungs- und Informationsarbeit im Energiebereich, der Kontrolle und Qualitätssicherung der Ökologischen Wohnbauförderung, der Durchführung des Landesprogramms für energieeffiziente Gemeinden, dem Aufbau eines Wärmepumpenschwerpunktes sowie weiterer zahlreicher Maßnahmen zur Umsetzung des Energiekonzeptes.

Energieverwertungsagentur:

Die Energieverwertungsagentur setzt sich auf Bundesebene mit Aktivitäten im Bereich der Energiepolitik auseinander. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt Euro 8.930,—. Für die Durchführung des Energy Awards (Euro 3.300,—) sowie der Erstellung einer Studie über den Primärenergiebedarf von Gebäuden (Euro 1.750,—) und die Unterstützung der Internetplattform TOP Produkte (Euro 3.335,—) wurden insgesamt Euro 8.385,— gewährt.

Schwerpunktprogramm Biomasse-Großanlagen:

2010 wurden im Rahmen des Schwerpunktprogramms Biomasse 21 Nahwärmeversorgungsanlagen (Biomasse-Heizwerke) sowie sieben Grobstudien für Biomasse-Heizwerke gefördert. Bei den Nahwärmeversorgungsanlagen wurden acht Anlagen im Grundausbau und 13 Anlagen im Rahmen von Erweiterungen unterstützt.

Schwerpunktprogramm Biomasse-Großanlagen	Anzahl	Förderungshöhe in Euro
Nahwärmeversorgungsanlagen – Grundausbau	8	1.154.680,—
Nahwärmeeinrichtungen – Erweiterungen	13	638.751,—
Grobstudien für Heizwerke	7	9.333,—
Gesamt	28	1.802.764,—

Schwerpunktprogramm Biomasse-Kleinanlagen:

Im Rahmen des Schwerpunktprogramms Biomasse wurden im Jahr 2010 insgesamt 569 Kleinanlagen und 107 Serviceschecks gefördert. Diese teilen sich auf wie folgt auf die einzelnen Heizsysteme bzw. auf bestehende und neue Gebäude auf:

Bestehende Bauten:

Haustyp	Heizung	Anzahl (n)	Förderung (Euro)
Eigenheime	Hackgutheizanlage	9	27.850,—
	Hausanschluss	87	103.964,—
	Kachelofen Zentral	11	25.783,—
	Kaminofen Einzelanlage	2	2.000,—
	Kaminofen Zentral	7	13.350,—
	Pelletsheizanlage	64	183.215,—
	Stückholzheizung	152	353.853,—
Summe Eigenheime		332	710.015,—
Gemeinschaftsanlagen	Hackgutheizanlage	5	48.114,—
	Hausanschluss	4	7.012,—
	Pelletsheizanlage	3	38.288,—
	Stückholzheizung	3	13.350,—
Summe Gemeinschaftsanlagen		15	106.764,—
Mehrwohnungshaus	Hackgutheizanlage	4	17.330,—
	Hausanschluss	65	104.257,—
	Kaminofen Einzelanlage	11	8.761,—
	Kaminofen Zentral	1	1.800,—
	Pelletsheizanlage	9	50.390,—
	Stückholzheizung	16	46.753,—
Summe Mehrwohnungshaus		106	229.291,—
Gesamtsumme bestehende Bauten		453	1.046.070,—

Neubauten:

Haustyp	Heizung	Anzahl (n)	Förderung (Euro)
Eigenheim	Hausanschluss	9	11.165,—
	Kachelofen Einzelanlage	2	2.000,—
	Kachelofen Zentral	16	28.200,—
	Kaminofen Zentral	8	14.100,—
	Pelletsheizanlage	25	61.100,—
	Stückholzheizung	36	69.400,—
Summe Eigenheim		96	185.965,—
Gemeinschaftsanlagen	Hackgutheizanlage	2	18.314,—
	Pelletsheizanlage	7	168.362,—
Summe Gemeinschaftsanlagen		9	186.676,—

Wirtschaft

Mehrwohnungshaus	Hackgutheizung	1	5.200,—
	Hausanschluss	8	35.017,—
	Pelletsheizung	1	6.187,—
	Stückholzheizung	1	2.700,—
Summe Mehrwohnungshaus		11	49.104,—
Gesamtsumme Neubauten		116	421.745,—

Zusammenfassung:

Schwerpunktprogramm Biomasse-Kleinanlagen	Anzahl	Förderungshöhe in Euro
Biomasse-Kleinanlagen – bestehende Gebäude	453	1.046.070,—
Biomasse-Kleinanlagen – Neubauten	116	421.745,—
Serviceschecks	107	10.700,—
Gesamt	676	1.478.515,—

2010 wurden im Rahmen des Schwerpunktprogramm Biomasse für Groß- und Kleinanlagen insgesamt Euro 3.281.279,—aufgewendet.

Landwirtschaftliches Contracting:

Im Rahmen des Programms zur ländlichen Entwicklung 2007-2013 (LE 2007-2013) wurden für landwirtschaftliches Contracting Euro 7.864,— für zwei Anlagen ausbezahlt. Bei dieser Form der Wärmeversorgung treten Landwirte nicht mehr als Rohstofflieferanten, sondern als Energieversorger auf.

Biogasanlagen:

Für zwei landwirtschaftliche Biogasanlagen wurde eine Förderung im Ausmaß von Euro 16.686,— gewährt.

Förderung von Wärmepumpen für Wohngebäude:

Im Rahmen der Förderung von Wärmepumpen wurden 306 Anlagen und zwei Serviceschecks gefördert. Diese teilen sich wie folgt auf die einzelnen Heizsysteme bzw. auf bestehende und neue Gebäude auf:

Bestehende Bauten:

Haustyp	Heizung	Anzahl (n)	Ergebnis (Euro)
Eigenheim	Energiepfahlanlage	1	2.100,—
	Erdkollektoranlage	1	1.300,—
	Erdsondenanlage	39	108.400,—
	Grundwasseranlage	11	23.050,—
Eigenheim		52	134.850,—
Mehrwohnungshaus	Erdsondenanlage	8	45.500,—
	Grundwasseranlage	6	22.100,—
Mehrwohnungshaus		14	67.600,—
Gesamtsumme bestehende Bauten		66	202.450,—

Neubauten:

Haustyp	Heizung	Anzahl (n)	Ergebnis (Euro)
Eigenheim	Energiepfahlanlage	7	9.000,—
	Erdkollektoranlage	13	17.400,—
	Erdsondenanlage	153	269.100,—
	Grundwasseranlage	24	32.100,—
	Wärmequelle Abluft	2	2.600,—
Eigenheim		199	330.200,—
Mehrwohnungshaus	Energiepfahlanlage	4	39.500,—
	Erdkollektoranlage	4	21.300,—
	Erdsondenanlage	25	122.400,—
	Grundwasseranlage	7	54.200,—
	Wärmequelle Abluft	1	7.100,—
Mehrwohnungshaus		41	244.500,—
Gesamtsumme Neubauten		240	574.700,—

Zusammenfassung:

Wärmepumpen	Anzahl	Förderungshöhe in Euro
Wärmepumpen – bestehende Gebäude	66	202.450,—
Wärmepumpen – Neubauten	240	574.700,—
Serviceschecks	2	200,—
Gesamt	308	777.350,—

Qualitätssicherung Biomasse-Kleinanlagen und Wärmepumpen:

Für die Qualitätssicherung von Wärmepumpen- und Biomasse-Heizanlagen sind im Jahr 2010 Kosten in Höhe von Euro 3.200,— angefallen.

Photovoltaik:

Laut Ökostromgesetz Novelle 2006 musste der Tarif für Photovoltaikanlagen zu 50 Prozent von jenem Bundesland getragen werden, in dem die Anlage errichtet worden ist (Kofinanzierung PV gemäß ÖSG Novelle 2006).

Seit 2008 werden Photovoltaikanlagen auf Wohngebäuden bis max. fünf kW_{Peak} durch Investitionszuschüsse im Rahmen des Klima- und Energiefonds (KLIEN) unterstützt. 2009 und 2010 wurde dieses Programm fortgeführt. Seitens des Landes wurde jeweils ein TOP UP zur Förderung des KLIEN im Ausmaß von Euro 500,— pro kW_{Peak} gewährt. 2010 wurde sowohl für Anlagen, die in das Förderprogramm 2009 als auch in das Förderprogramm 2010 gefallen sind, anteilige Landesmittel ausbezahlt.

Förderung von PV Anlagen	Anzahl	Förderungshöhe in Euro
Kofinanzierung PV gemäß ÖSG Novelle 2006	77	83.490,—
KLIEN 2009	49	107.888,—
KLIEN 2010	40	93.084,—
Gesamt	166	284.462,—

Wirtschaft

Thermische Solaranlagen für Nichtwohngebäude:

Im Rahmen des Konjunkturpakets der Vorarlberger Landesregierung werden seit Februar 2009 thermische Solaranlagen auf Nichtwohngebäuden, größtenteils Gewerbebetrieben, unterstützt. Die Förderungsrichtlinie ist Ende 2010 ausgelaufen. Die Förderung erfolgte in Form eines Top Up von zehn Prozent der anerkannten Investitionssumme auf die Förderung der Kommunalkredit. Im Rahmen dieser Förderung wurden 2010 19 Anlagen mit insgesamt Euro 40.119,— gefördert.

Unternehmen V bzw. Nachfolge Klimakampagne:

In diesem Rahmen werden vom Energieinstitut verschiedene Projekte durchgeführt. Konkret handelt es sich dabei um das „e5-Landesprogramm für energieeffiziente Gemeinden“, für das 2010 wiederum ein Beitrag in Höhe von Euro 100.000,— gewährt wurde.

Energiezukunft Vorarlberg:

Im Jahr 2007 wurde der Prozess Energiezukunft Vorarlberg gestartet. Im Jahr 2010 wurde die Bearbeitung der einzelnen Themen in den verschiedenen Werkstätten abgeschlossen und mit der Ausarbeitung des Maßnahmenplanes bis 2020 begonnen. Weiters wurden eine Reihe von Energiecafés unter Einbindung der Bevölkerung abgehalten. Die Kosten für die Ausarbeitung des Maßnahmenplanes in Arbeitsgruppen (Raummieten, Materialien, Verpflegung), das externe Management, diverse Veranstaltungen, die Pressearbeit, Beratungshonorare, die zusätzlichen Personalkosten für die Abwicklung durch das EIV und für die geplante Medienkampagne beliefen sich auf Euro 228.348,—.

Energieausweis Datenbank:

Im Zuge der Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie wurde beim Energieinstitut eine Energieausweis-Datenbank eingerichtet. Im Jahr 2010 fielen Kosten in Höhe von Euro 80.000,— an.

Sonstiges:

Der Verein „Arbeitsgemeinschaft erneuerbare Energie“ wurde für seine Aktivitäten im Jahr 2010 mit einem Beitrag von Euro 20.500,— unterstützt. Weiters wurde für die alle zwei Jahre stattfindende Veranstaltung TRI 2010 wiederum ein Beitrag von Euro 18.000,— gewährt. Gemeinsam mit dem Vorarlberger Medienhaus wurde eine Klimakampagne durchgeführt. Die Kosten dafür beliefen sich auf Euro 35.280,—. Für die Beilage „erneuerbare Energien“ sind Kosten in Höhe von Euro 18.000,— angefallen. Für die Entwicklung eines Kommunalgebäude-Ausweises, zur Bewertung der energetisch- und ökologischen Qualität von Kommunalgebäuden, wurden 2010 Mittel in Höhe von Euro 31.454,— zur Verfügung gestellt. Für die Durchführung eines Windenergiesymposiums wurden der IG-Windkraft Euro 1.000,— als Unterstützung gewährt. Zur Erhebung des Solarpotentials bzw. zur Abfrage der Solareinstrahlung pro Grundstück wurde im Jahr 2010 eine Berechnung durchgeführt und ein entsprechendes Berechnungsprogramm entwickelt. Dieses Programm wird im VOGIS öffentlich zugänglich gemacht. Die Kosten 2010 betragen Euro 10.150,—.

Die Gesamtaufwendungen im Bereich Energie beliefen sich im Jahr 2010 auf Euro 5.763.914,16.

3. Verkehrspolitik:

Verkehrspolitische Studien:

Für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Verkehrskonzeptes Bregenzerwald und Vorderland fielen im Jahr 2010 Kosten von Euro 37.130,19 an.

Im konsensorientierten Planungsverfahren Mobil im Rheintal (MIR) wird gemeinsam mit den betroffenen Gemeinden, Interessensvertretern, der ASFINAG und mit externen Planern eine Verkehrslösung für das untere Rheintal erarbeitet. Die Kosten dafür beliefen sich im Jahr 2010 auf Euro 454.692,15.

Das Land hat sich im Jahr 2010 an verschiedenen VCÖ-Untersuchungen mit insgesamt Euro 7.000,— beteiligt.

Für eine Studie zur Verkehrsentslastung am Bödele fielen Kosten von Euro 9.900,— an.

Weiters fielen für eine Studie über die Auswirkungen der zweiten Röhre des Pfändertunnels für den Bereich Bludenz Kosten von Euro 21.880,— an.

Eine Studie über kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Verkehrsentslastung der Gemeinde Lustenau verursachte Kosten von Euro 12.000,—.

Für die Durchführung des internationalen Kongresses der Alpenkonventionsländer zur umweltfreundlichen Anreise in Tourismusgebieten fielen Kosten von Euro 3.282,40 an.

Für eine Systemstudie für die ÖV-Verbindung Dornbirn-Bezau fielen Kosten von Euro 14.999,04 an.

Die Gesamtausgaben für verkehrspolitische Studien beliefen sich im Jahr 2010 auf Euro 560.883,78.

Verkehrsverbund Vorarlberg:

Neben einem einheitlichen Tarifsysteem sind für die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs in allen Landesteilen entsprechende Angebotsverbesserungen geplant bzw. umgesetzt worden. Für die Abgeltung der Einnahmehausfälle, für die Abrechnungsstelle, verbundbedingte Mehrleistungen (Zusatzbusse) usw. hat das Land Vorarlberg im Jahr 2010 Euro 2.484.000,— aufgewendet.

Verkehrsdiensteverträge mit den ÖBB:

Zwischen den Österreichischen Bundesbahnen und dem Land wurde ein Verkehrsdienstvertrag mit Ergänzungen abgeschlossen, der den Einsatz neuer Fahrzeuge und die Optimierung des Fahrplanangebotes auf der Schiene vorsieht und in erster Linie die Führung von zusätzlichen Regional- und Eilzügen betrifft. Die dafür zu leistenden Zahlungen des Landes Vorarlberg beliefen sich im Jahr 2010 auf insgesamt Euro 5.733.733,80.

Mobilitätsmanagement:

Für verschiedenste Mobilitätsmaßnahmen (Radverkehrsstrategie, Projektkoordination, strategische Entwicklung und Kommunikation, Informationsplattformen, Projekt Landrad, Vorarlberg Mobil usw.) fielen Kosten in Höhe von Euro 119.817,62 an.

Förderung kommunaler und regionaler ÖPNV-Vorhaben:

Im Rahmen der Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs in Vorarlberg (z. B. Angebotsverbesserungen beim Busverkehr, Aufwendungen für Anrufsammeltaxis, Abend- und Nachttaxis, Seniorentaxis, Schibusse, Aufwendungen in Investitionen für Infrastruktur, Angebotskonzepte etc.) hat das Land im Jahr 2010 an Gemeinden und Regionen Beiträge in Höhe von Euro 6.911.351,67 gewährt.

Einnahmen aus Mineralölsteuerzuschlag:

Seit dem 1.1.2008 wird der Mineralölsteuerzuschlag in die Ertragsanteile der Länder integriert. Ein anteilmäßiger Beitrag in Höhe von Euro 3.206.844,38 wurde im Jahr 2010 den Gemeinden für Verbesserungen des ÖPNV refundiert.

Bahnlärm:

Nach Erarbeitung eines landesweiten Lärmkatasters und einer Dringlichkeitsreihung wurde 1994 mit der Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bahn begonnen. Im Jahr 2010 betrug der Kostenanteil auf Grund der Mitfinanzierungszusage des Landes für Lärmschutzprojekte Euro 220.380,13.

Wirtschaft

Ausbau der Schieneninfrastruktur:

Im Jahr 2010 fielen für Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der ÖBB-Strecken Bludenz-Feldkirch-Bregenz-Lochau Kosten in Höhe von Euro 1.377.870,10 an.

Montafonerbahn:

Für das fünfte, sechste und siebte Investitionsprogramm der Montafonerbahn fielen Kosten in Höhe von Euro 2.579.317,10 an.

Nachrüstung Partikelfilter:

Für die Nachrüstung von Bussen im Personennahverkehr mit Partikelfiltersystemen fielen Kosten in Höhe von Euro 32.595,50 an.

Tageskarten Euregio Bodensee:

Für die Finanzierung der Tageskarten Euregio-Bodensee fielen Kosten in Höhe von Euro 9.538,62 an.

Ausfallhaftung Flughafen-Transfer:

Für eine Förderung zum Aufbau eines Linienverkehrs im Flughafentransfer Vorarlberg-Friedrichshafen sind für das Land Kosten in Höhe von Euro 25.000,— angefallen.

Anschlussbahnen:

Für zwei Förderungsfälle im Rahmen der Errichtung von Anschlussbahnen sind für das Land Kosten in Höhe von Euro 394.559,75 angefallen.

Die Gesamtausgaben im Verkehrsbereich betragen inklusive der Mineralölsteuervergütung an die Gemeinden im Jahr 2010 Euro 23.655.940,25.

4. Gewerberecht:

In drei Fällen wurde im Berufungsverfahren über eine Gewerbeanmeldung abgesprochen. Über 16 Berufungen in Verfahren über die Entziehung der Gewerbeberechtigung wurde entschieden. In einem Berufungsfall wurde über das Verfahren der Wiederaufnahme des Verfahrens und über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand entschieden. Weiters ist eine Berufungsentscheidung im Verfahren zur Nachsicht vom Gewerbeausschluss ergangen. In einem Fall wurde im Berufungsverfahren über die Feststellung der individuellen Befähigung entschieden.

In einem Fall wurde einem Bewerber um eine Gewerbeberechtigung für das Gewerbe der Pfandleiher die Geschäftsordnung (samt Pfandschein) zur Ausübung des Gewerbes der Pfandleiher genehmigt.

Im Berichtsjahr wurde ein Verfahren über eine Bestellung zur Inspektionsstelle gemäß Hebeanlagen-Betriebsverordnung abgeschlossen.

5. Wasserrechtsgesetz:

Im Berichtsjahr wurden elf Verfahren über wasserrechtliche Bewilligungen, davon vier im Berufungsverfahren, abgeschlossen. In drei Fällen wurde das Feststellungsverfahren über die dauernde Entbehrlichkeit von Grundstücken für die mit der Widmung als öffentliches Wassergut verbundenen Zwecke durchgeführt. Einem Wasserverband wurde die Ände-

rung der Satzungen genehmigt. In einem Fall wurde über eine Berufung im Zusammenhang mit einer Bewilligung zur Errichtung einer baulichen Herstellung entschieden.

Entsprechend den Vorgaben des Wasserrechtsgesetzes wurden im Wasserbuch bei den Bezirkshauptmannschaften folgende Wasserrechtsentscheidungen ersichtlich gemacht:

Bezirkshauptmannschaften	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch
neue Bewilligungen	113	239	78	198
Überprüfungen	159	244	103	240
Änderungen	121	112	33	208
Erweiterungen	34	25	17	15
Fristverlängerungen	9	8	2	26
Löschungen	66	20	27	82
Kies- und Sandgewinnungen	–	–	–	–
nicht eingetragene Bewilligungen	54	64	21	22
Wassergenossenschaften	–	1	–	–
Wasserverbände	–	–	–	1
Wiederverleihungen	19	46	16	80
sonstige Bewilligungen	6	10	2	2

Parallel dazu wurde die EDV-technische Erfassung und Aufarbeitung des Wasserbuches weiter geführt.

6. Gewässeraufsicht:

Im Berichtsjahr wurden – wie in den Vorjahren – Wasserbenutzungen und Grundwasserentnahmen sowie Schutz- bzw. Schongebiete kontrolliert. Schwerpunktmäßig erfolgten Konsensprüfungen bei rund 40 kommunalen und betrieblichen Abwasserreinigungsanlagen mit Direkteinleitung, bei rund 50 großen Indirekteinleitern, bei 28 Kleinkläranlagen sowie bei verschiedenen IPPC-Anlagen. Darüber hinaus erfolgten 85 Inspektionen bei Bodenaushubdeponien sowie eine schwerpunktmäßige Überwachung der Anpassung der Massenabfall- und Reststoffdeponien an die Bestimmungen der Deponieverordnung. Bei 14 Unfällen mit Mineralölprodukten, bei drei Unfällen mit anderen wassergefährdenden Flüssigkeiten sowie bei zahlreichen anderen Gewässerverunreinigungen durch landwirtschaftliche, gewerbliche und sonstige Tätigkeiten waren entsprechende Einsätze erforderlich. Im Rahmen der Gewässerzustandsaufsicht wurden zahlreiche Gewässerstrecken besichtigt und überprüft. Die Gesamtlänge der überprüften Gewässerstrecken betrug rund 98 km.

Im Rahmen des Klärschlammmonitorings wurden 62 Kontrollen zur Überwachung des Schadstoffaufkommens im Abwasser im Einzugsbereich kommunaler Kläranlagen vorgenommen.

Im Rahmen der ökologischen und chemischen Gewässeraufsicht erfolgte eine laufende Überwachung des chemischen und ökologischen Zustandes der Fließgewässer in Vorarlberg gemäß Probeplan. An den Hauptfließgewässern des Landes wurden nach den Bestimmungen der Gewässerzustandsüberwachungsverordnung (GZÜV 2006) an sechs Überblickmessstellen (Neuer Rhein, Ill, Bregenzerach, Dornbirnerach, Alter Rhein, Leiblach) und an 15 operativen Messstellen in monatlichen Abständen chemisch-physikalische Güteerhebungen und ein biologischer Erhebungsdurchgang durchgeführt. An der Messstelle Rhein/Fußach wurden monatlich Untersuchungen auf radioaktive Stoffe vorgenommen. Im Weiteren wurden im Rahmen der Gewässergüteaufsicht an 200 Landesmessstellen insgesamt 532 chemische und 19 biologische Einzeluntersuchungen durchgeführt. An 21 Messstellen aus dem Messnetz „Landesmonitoring Vorarlberg“ wurden dabei monatliche Erhebungen vorgenommen. Im Bereich der stehenden Gewässer erfolgte eine Kontrolle der Bodenseegüte mit monatlichen limnologischen Tiefenprofilaufnahmen in der Bregenzer, Harder und Fußacher Bucht. Im Rahmen des „Kleinseenmonitorings Vorarlberg“ wurden an fünf Seen (Schleienlöcher Bodensee, Lehmloch Hohen-

Wirtschaft

ems/Großer und Kleiner Weiher, Stockenweiher, Fischteich Schlins) chemisch-physikalische Erhebungen und Phytoplanktonbeprobungen vorgenommen. Insgesamt erfolgten 140 Einzeluntersuchungen an stehenden Gewässern. Auch die Badestrände des Bodensees sowie die für Badezwecke genutzten Kleinseen und Fließgewässer des Landes wurden an insgesamt 24 Messstellen auf die Badeeignung hin überprüft. Bei insgesamt 201 Einzelerhebungen waren sowohl bei der chemischen Beschaffenheit als auch bei der Wasserhygiene keine Grenzwertüberschreitungen zu verzeichnen. 17 Stellen können mit „sehr guter Badeeignung“ und sieben Stellen mit „ausreichender Badeeignung“ bezeichnet werden.

Im Rahmen der Gewässergüteaufsicht erfolgten Begehungen in Grundwasserschongebieten, schwerpunktmäßig mit Blick auf konsenswidrige Nutzungen, erforderliche Erneuerungen bestehender Schongebiets-Hinweistafeln etc. Darüber hinaus wurden verschiedene Nassbaggerungen vor Ort kontrolliert.

Im Rahmen der Talsperrenaufsicht erfolgten zahlreiche Aufsichtstätigkeiten bei großen Stauanlagen.

Im Weiteren wird beispielhaft auf folgende Veröffentlichungen hingewiesen: Abwasserreinigungsanlagen in Vorarlberg, Jahresbericht 2009; Publikation zum Thema Probenahme bei Indirekteinleitern – Teil 2; Mitarbeit zu Beiträgen in internationalen Fachzeitschriften u. a. zur Situation der Belastung des Abwassers mit Weichmachern (Phthalaten) in Österreich; Gewässergütebericht (GZÜV-Bericht 2009); Info Badeposter 2010; Badewasserqualität in Vorarlberg im Sommer 2010; regelmäßige Veröffentlichungen der Ergebnisse der monatlichen Tiefenbeprobung in der Bregenzer Bucht; Erweiterung des Internetauftritts „Kleinseen in Vorarlberg“.

7. Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz:

Für das Vorhaben der Errichtung und des Betriebes des Rellswerkes wurde die UVP-rechtliche Genehmigung mit Bescheid vom 4.5.2010 erteilt. Mit Bescheid vom 19.7.2010 wurden im Rahmen des UVP-Verfahrens Kopswerk II Anträge auf Zuerkennung der Parteistellung und auf Vorschreibung zusätzlicher Auflagen zurückgewiesen. Der Golfplatz in Rankweil-Weitried wurde im Rahmen der Abnahme am 7.10.2010 überprüft. Die UVP-Vorhaben Golfplatz in Lech und Alpenrhein wurden im Rahmen des Investorenservices betreut.

8. Elektrizitätswirtschaftsgesetz:

Im Zuständigkeitsbereich des Amtes der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Wirtschaftsrecht (VIb) erfolgte gemäß § 46 Abs. 1 Elektrizitätswirtschaftsgesetz in einem Fall eine Anzeige über die Aufnahme der Tätigkeit eines Stromhändlers in Vorarlberg.

In zwei Fällen erfolgte über Antrag eines Netzbetreibers gemäß § 26 Abs. 2 Elektrizitätswirtschaftsgesetz die Zurenkenntnisnahme der Bestellung einer Person für die technische Leitung und Überwachung des Netzbetriebes (Betriebsleiter).

Über die Tätigkeit der Bezirkshauptmannschaften auf dem Gebiet des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes gibt nachstehende Tabelle Aufschluss:

Bezirkshauptmannschaften	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch
Bewilligung von Stromerzeugungsanlagen	5	–	–	–
Bewilligung von Leitungsanlagen	24	30	16	7

9. Ökostromgesetz:

180 Stromerzeugungsanlagen, davon 176 Fotovoltaikanlagen und vier Kleinwasserkraftanlagen, wurden als Ökostromanlagen anerkannt.

Drei Anträgen auf Erweiterung einer bereits anerkannten Fotovoltaikanlage wurde Folge gegeben.

16 Anerkennungsbescheide für Fotovoltaikanlagen und ein Anerkennungsbescheid für eine Biogasanlage wurden auf Antrag abgeändert. Die Abweichungen gegenüber den Anerkennungsbescheiden (Fotovoltaikanlagen) sind auf Änderungen bei den Anlagen (kleinere Ausführung, Einsatz anderer Module etc.) zurückzuführen.

Ein Anerkennungsbescheid für Kleinwasserkraftanlagen wurde auf Antrag abgeändert.

Ein Antrag auf Anerkennung einer Ökostromanlage wurde zurückgewiesen.

10. Gaswirtschaftsgesetz:

In neun Fällen wurden Anzeigen über die Errichtung, Änderung oder Umlegung von Erdgasleitungen zur Kenntnis genommen.

In einem Fall wurde die Bewilligung zur Errichtung einer Erdgashochdruckleitung erteilt.

11. Angelegenheiten der Ziviltechniker, Wirtschaftstreuhänder und Buchhalter nach dem Bilanzbuchhaltungsgesetz:

Ein Ingenieurkonsulent für Bauingenieurwesen und sechs Architekten wurden im Zuge der Befugnisverleihung vereidigt.

Im Amtsblatt für das Land Vorarlberg wurde die Löschung einer verliehenen Befugnis eines Zivilingenieurs für Bauwesen, einer verliehenen Befugnis eines Zivilingenieurs für Kulturtechnik und Wasserwirtschaft und einer verliehenen Befugnis eines Ingenieurkonsulenten für Vermessungswesen jeweils durch Verzicht verlautbart.

Acht Personen wurden auf Grund des Wirtschaftstreuhänderberufsgesetzes als Steuerberater angelobt, eine Person wurde als Wirtschaftsprüfer vereidigt.

In einem Fall wurde im Berufungsverfahren zur Zulassung zur Fachprüfung Bilanzbuchhalter mit Anrechnung von Prüfungsteilen entschieden.

In einem Fall wurde im Berufungsverfahren über den Widerruf der Berufsberechtigung Selbständiger Buchhalter abgeprochen.

12. Öffnungszeitenrecht:

Die Verordnung über die Öffnungszeiten für Verkaufstätigkeiten für Waren des täglichen Bedarfes an Sonn- und Feiertagen (Sonn- und Feiertags-Öffnungszeitenverordnung) wurde zeitlich verlängert (13.11.2010 bis 13.11.2012).

Aus Anlass „EINKAUF ERLEBEN Lifestyle- und Modenacht“ der Wirtschaftsgemeinschaft Götzis wurde eine Verordnung über die Öffnungszeiten von Verkaufsstellen in Götzis und Koblach erlassen (Verlängerung der Offenhaltezeiten am 10.9.2010 bis 23.00 Uhr).

Weiters wurde aus Anlass der „Kunstnacht 2010“ in Schruns eine Verordnung über die Öffnungszeiten von Verkaufsstellen erlassen (Verlängerung der Offenhaltezeiten am 8.10.2010 bis 23.00 Uhr).

13. Tätigkeit der Bezirkshauptmannschaften auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechtes:

Bezirkshauptmannschaften	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch
a) Gewerberecht:				
1. Eintragungen in das Gewerbeverzeichnis				
insgesamt	554	1.060	918	945
a) freie Gewerbe	396	766	673	704
b) reglementierte Gewerbe	155	285	239	238
davon § 95 Gewerbe	17	43	23	29
c) Teilgewerbe	3	9	6	3
Abgelehnte Gewerbebeanmeldungen	13	–	8	34
2. Eintragungen in das Versicherungsvermittlerregister	11	12	19	33
3. Feststellung der individuellen Befähigung	51	112	68	87
davon abgelehnte	–	–	2	10
4. Bestellung von Geschäftsführern	146	304	281	237
5. Umgründungen	34	73	22	27
6. Nachsicht vom Ausschluss von der Gewerbeausübung	4	8	6	10
davon abgelehnte	–	–	1	5
7. Entziehung der Gewerbeberechtigung	26	42	53	69
8. Bewilligungen zur Ankündigung von Ausverkäufen	3	1	5	1
9. EWR-Bescheinigungen (§ 373f GewO 1994)	5	12	7	2
10. Genehmigung gewerblicher Betriebsanlagen (§ 74 und 77 GewO), ausgenommen nach § 359b GewO	23	71	15	46
11. Bescheide über die Zulässigkeit von Abweichungen bzw. die Abstandnahme von der Verpflichtung zur Herstellung des dem Genehmigungsbescheid entsprechenden Zustandes (§ 78 Abs 2 GewO)	–	1	–	8
12. Vorschreibung anderer oder zusätzlicher Auflagen (§ 79 und 79b GewO)	21	22	5	6
13. Auftrag zur Vorlage eines Sanierungskonzeptes bzw. Genehmigung eines Sanierungskonzeptes (§ 79 Abs. 3 und 4 GewO)	7	7	–	–
14. Aufhebung oder Änderung von Auflagen (§ 79c GewO)	–	4	1	1
15. Vorschreibungen im Zusammenhang mit einer Betriebsunterbrechung (§ 80 Abs. 1 GewO)	1	–	–	–
16. Verlängerung der Frist zur Inbetriebnahme (§ 80 Abs. 3 GewO)	–	–	1	1
17. Genehmigung von Änderungen gewerblicher Betriebsanlagen (§ 81 GewO), ausgenommen Verfahren nach § 359b GewO	104	108	28	91
18. Zurkenntnisnahme des Ersatzes von Maschinen, Geräten und Ausstattungen durch gleichartige Maschinen, Geräte und Ausstattungen (§ 81 Abs. 2 Z. 5 in Verbindung mit § 81 Abs. 3 und § 345 Abs. 8 Z. 6 GewO)	11	12	4	2
19. Zurkenntnisnahme von Änderungen, die das Emissionsverhalten nicht nachteilig beeinflussen (§ 81 Abs. 2 Z. 9 in Verbindung mit § 81 Abs. 3 und § 345 Abs. 8 Z. 6 GewO)	67	62	58	40

20. Bescheide über die Anpassung von Anlagen an Verordnungen nach § 82 Abs. 1 GewO bzw. die Zulassung von Maßnahmen, welche von den Bestimmungen einer solchen Verordnung abweichen (§ 82 Abs. 2 und 3 GewO)	–	1	1	1
21. Bescheide im Zusammenhang mit der Auflassung von Betriebsanlagen (§ 83 GewO)	–	1	–	2
22. Vereinfachte Genehmigungsverfahren und Änderungs genehmigungsverfahren nach § 359b GewO	1	–	15	24
23. Verfügung von Zwangs- und Sicherheitsmaßnahmen (§ 360 GewO)	11	4	3	4
b) Wasserrecht:				
1. Bewilligungen oder Kollaudierungen von Wasserbenutzungsrechten	96	291	44	136
2. Bewilligungen oder Kollaudierungen von sonstigen Wasserrechten	269	460	46	348
3. Sonstige Verfahren nach dem Wasserrecht (Erdsonden etc.)	285	31	178	25
4. Versagen von Bewilligungen	–	3	–	–
5. Erlöschen von Wasserrechten	65	20	17	93
c) Mineralrohstoffgesetz:				
1. Genehmigung für die Gewinnung und Aufbereitung mineralischer Rohstoffe	1	4	–	–
2. Sonstige Genehmigungsverfahren	1	3	–	–

14. Übersicht über die Strafverfahren:

Bezirkshauptmannschaften	Bludenz	Bregenz	Dornbirn	Feldkirch
a) Übertretungen der Gewerbeordnung:				
– Anzahl der Strafverfahren	94	142	214	77
– Summe der Geldstrafen	19.844,—	33.480,—	75.850,—	18.718,—
– Ermahnungen	1	5	3	2
b) Übertretungen des Wasserrechtsgesetzes:				
– Anzahl der Strafverfahren	6	22	5	2
– Summe der Geldstrafen	1.900,—	4.460,—	2.350,—	1.100,—
– Ermahnungen	1	2	–	1
c) Übertretungen des Mineralrohstoffgesetzes:				
– Anzahl der Strafverfahren	–	–	–	–
– Summe der Geldstrafen	–	–	–	–
– Ermahnungen	–	–	–	–

15. Maschinenwesen:

Begutachtungen, Stellungnahmen oder Überprüfungen im Bereich der Landesverwaltung:

Landwirtschaftliche und private Einrichtungen:

Private Gebäude und Anlagen	66
Landwirtschaftliche Anlagen.....	20
Wohnbaugesellschaften.....	7

Veranstaltungen, Schausteller:

Schausteller	9
Veranstaltungen, Theater, Kino.....	2
Bregenzer Festspiele	4
Bregenzer Frühlingsfest	1
Sommerrodelbahnen.....	1

Maschinentechnische Einrichtungen:

Zulassungen nach dem Baugesetz	–
Maschinenschutz, Behindertenlifte.....	1

Einrichtungen des Landes und Gebäude öffentlicher Institutionen:

Landesgebäude (Verwaltungsgebäude, nachgeordnete Dienststellen, etc.)	2
Krankenhäuser (auch private), Pflegestationen	15
Schulen (Berufsschulen, Bundesschulen, etc.).....	17

Begutachtungen, Stellungnahmen oder Überprüfungen – Bereich mittelbare Bundesverwaltung:

Schifffahrt:

Schifffahrtsanlagen (Häfen, Stege, Startgassen)	16
Schifffahrtszeichen, gesperrte Wasserflächen	1
Veranstaltungen der Schifffahrt.....	4
Schiffsprüfungen nach Bodensee-Schifffahrts-Ordnung	19
Schiffsprüfungen nach Schifffahrtsgesetz	2
Schiffsmotorenwärter- und Schiffsführerprüfungen	–
Abgastypenprüfungen von Schiffsmotoren.....	–

Gewerbliche Betriebsanlagen:

Betriebe.....	1.274
Öffentliche Tankstellen.....	43
Gasversorgungseinrichtungen	9
Mobile Einrichtungen.....	2

Verkehrsanlagen und Gewässer:

Straßenverkehrsanlagen	3
Schienenverkehrsanlagen.....	1
Flugplätze.....	1
Gewässer (Flüsse)	1

Energieerzeugungsanlagen:

Wasserkraftwerke	29
Wärmeerkraftkoppelung, Notstromversorgung	–

Allgemeine Übersicht: Landesangelegenheiten einschließlich mittelbare Bundesverwaltung:

Schifffahrt	42
Gewerbliche Betriebsanlagen	1.328
Verkehrsanlagen	6
Energieerzeugungsanlagen	29
Landwirtschaftliche und private Einrichtungen	93
Veranstaltungen, Schausteller	17
Maschinentechnische Einrichtungen	1
Einrichtungen des Landes und Gebäude öffentlicher Institutionen	34

16. Elektro- und Seilbahntechnik:**Begutachtungen, Stellungnahmen oder Überprüfungen im Bereich der Landesverwaltung:****Elektrotechnik:**

Die Sachverständigentätigkeit im Bereich Elektrotechnik (Anzahl der Begutachtungen und Überprüfungen):

Elektrizitätsrecht	269
Baurecht	2
Spitalrecht	35
Schulwesen	7
Güter- und Seilwegerecht (landwirtschaftliche Materialseilbahnen)	32
Feuerpolizei	–
Kinowesen	–
Straßenrecht	–
Veranstaltungsgesetz	8
Mobil-Funk	5
Sonstiges	33

Fachausschüsse:

Im Jahr 2010 wurde in folgenden Fachausschüssen mitgewirkt:

- Teilnahme „Expertenkonferenz der Amtssachverständigen für Seilbahntechnik“, eine Sitzung
- Teilnahme „Expertenkonferenz der Amtssachverständigen für Elektrotechnik“, eine Sitzung
- Teilnahme „Expertenkonferenz der Amtssachverständigen für Strahlenschutz“, eine Sitzung
- Teilnahme „Ausschuss Eisenbahnbau- und Betrieb“, vier Sitzungen
- Teilnahme „Ausschuss Eisenbahnkreuzungen – Planung und Verkehrssicherheit“, eine Sitzung
- Teilnahme „Österreichische Seilbahntagung“, eine Sitzung
- Teilnahme „Aufzugstagung“, eine Sitzung
- Teilnahme „OITAF – Internationale Organisation für das Seilbahnwesen“, eine Sitzung
- Teilnahme Arbeitskreis „Biogas“, eine Sitzung
- Teilnahme „ÖVE Akademie – Fachtagung OEG“, eine Sitzung
- Teilnahme „Qualitätsplattform Nahverkehr Vorarlberg“, zwei Sitzungen
- Teilnahme „Austro Control – Datenbank Luftfahrthindernisse“, zwei Sitzungen

Wirtschaft

Seilbahntechnik:

Anlagentypen	Schlussüberprüfungen, wiederkehrende Überprüfungen	Teilnahme an behördlichen Verhandlungen	Begehungen und Vermessungen, Baukontrollen	Stand an Seilbahnen am 1.1.2010	zu	ab	Stand an Seilbahnen am 31.12.2010
Materialeilbahnen nach dem landwirtschaftlichen Materialeilbahngesetz und dem Güter- und Seilwegegesetz	67	1	38	125	–	5	120

Aufzugstechnik:

Anlagentypen	Wiederkehrende Überprüfungen und Schlussüberprüfung	Stand am 1.1.2010	zu	ab	Stand am 31.12.2010
Aufzüge:					
Personenaufzüge	4	4.468	228	51	4.645
Lastenaufzüge	1	123	3	1	125
Kleinlastenaufzüge	–	412	–	6	406
Sonderaufzüge	–	129	14	–	143
Fahrtreppen	61	79	4	–	83
Gesamt	66	5.211	249	58	5.402

Aufzugswesen:

Die Tätigkeit auf dem Gebiete des Aufzugswesens erstreckte sich auf die Teilnahme bei behördlichen Verhandlungen (insgesamt fünf), die Erstattung von 13 aufzugstechnischen Gutachten in gewerbebehördlichen Verfahren sowie auf die laufende Überprüfung von Fahrtreppen und Fahrsteigen.

Im Berichtsjahr wurden sechs Fahrtreppen abgenommen. Bei 61 Fahrtreppen bzw. Fahrsteigen wurden wiederkehrende Überprüfungen durchgeführt.

Seilbahnen:

In Brand wurde der Doppelsessellift Palüd durch eine 8er-Kabinen-Umlaufbahn ersetzt. Die Förderleistung wurde damit von 900 auf 1.427 P/h erhöht.

In Bezau wurde die in zwei Sektionen geführte Kleinkabinen-Pendelbahn über das Sonderdach nach Baumgarten durch eine einspurige Funifor-Anlage ersetzt. Dieses System wurde hier zum ersten Mal in Österreich angewendet. Die Förderleistung konnte damit von 80 P/h auf 345 P/h gesteigert werden.

Zur Ergänzung des Pistenangebotes in Damüls wurde die Sechssesselbahn Ragaz mit der Förderleistung von 2.400 P/h errichtet.

Luftfahrttechnik:

Temporäre Luftfahrthindernisse:

Im Berichtszeitraum wurden Aktenvorgänge für 81 temporäre Anlagen wie Seilkrane und temporäre Materialeilbahnen, Baukrane etc. bearbeitet.

Permanente Luftfahrthindernisse:

In 18 Überprüfungen wurden Daten von Luftfahrthindernissen kontrolliert bzw. vor Ort erhoben. Für zwölf Bauprojekte (Seilbahnen mit Personenbeförderung, Materialseilbahnen, Hochspannungsleitungen, Funkturm- und Sendeanlagen) wurde an Behördenverhandlungen teilgenommen und Gutachten erstellt sowie an Besprechungen zur Planung luftfahrttechnischer Kennzeichnungsmaßnahmen teilgenommen.

Eine weitere Aufgabenstellung war die Vorbereitung für die Aktualisierung der Homepage: www.vorarlberg.at/verkehr (Luftfahrt), welche im beginnenden Jahr mit der ersten Teilumsetzung neu gestaltet werden sollte.

Für die Einführung bundesweit einheitlicher Meldungen über die Luftfahrthindernisse ist ein Formular von der ACG in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Bundesländer in Ausarbeitung. Dazu wurden zwei Konferenzen in Wien besucht und Modellversuche gestartet. Der derzeitige Formularentwurf hat im Probelauf gezeigt, dass eine weitere Überarbeitung gewünscht ist.

Eisenbahnwesen:

Auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens wurden nachstehende Aufgaben im Jahr 2010 erfüllt:

1. Nebenbahnen: Teilnahme an einer Verhandlung, zehn Begehungen, eine (Lärm-)Messung, Aufsichtstätigkeit für die Eisenbahnbehörde
2. Anschlussbahnen: Teilnahme an zwei Verhandlungen, 15 Begehungen, Aufsichtstätigkeit für die Eisenbahnbehörde
3. Museumsbahnen: zwei Begehungen, Aufsichtstätigkeit für die Eisenbahnbehörde

Im Jahr 2010 wurde in Lorüns die Begradigung der MBS-Trasse inkl. Austausch der 105-jährigen Alfenzbrücke umgesetzt. Ebenfalls in Lorüns wurden zwei neue Anschlussbahnen errichtet (die Bauverhandlungen fanden vor rund fünf Jahren statt, die Statistik wurde damals ergänzt)

An zwei Sitzungen der „Qualitätsplattform Vorarlberg“ zur Abklärung und Verbesserung des Schienenverkehrs in Vorarlberg wurde teilgenommen.

Zu diversen Fragestellungen zum Schienenverkehr in Vorarlberg wurden hausinterne Expertisen abgegeben.

Begutachtungen, Stellungnahmen oder Überprüfungen – Bereich mittelbare Bundesverwaltung:**Elektrotechnik:**

Begutachtungen durch Sachverständige für Elektrotechnik:

Elektrizitätsrecht.....	3
Gewerberecht allgemein	51
Schleplifte.....	38
gewerbliche Materialseilbahnen	7
Eisenbahnrecht	5
Sessellifte.....	5
Strahlenschutz	69
Wasserrecht	7
Straßenrecht	–
KFZ-Prüfungen.....	1
Sonstiges	7

Wirtschaft

Seilbahntechnik:

Anlagentypen	Schlussüberprüfungen, wiederkehrende Überprüfungen	Teilnahme an behördlichen Verhandlungen	Begehungen und Vermessungen, Baukontrollen, Betriebsleit.-Prüfung	Stand an Anlagen am 1.1.2010	zu	ab	Stand an Anlagen am 31.12.2010
1. Seilbahnen für öffentlichen Verkehr:							
a) Pendelbahnen	–	3	–	17	1	2	16
b) Umlaufbahnen	–	4	–	18	1	–	19
2. Seilbahnen für beschränkt öffentlichen Verkehr	–	–	–	2	–	–	2
3. Seilbahnen für Werksverkehr	2	–	–	8	–	–	8
4. Seilbahnen für Wasserabflussmessung	–	–	–	19	–	–	19
5. Standseilbahnen:							
a) für öffentlichen Verkehr	–	–	–	–	–	–	–
b) für Werksverkehr	–	–	–	1	–	–	1
c) für Materialtransport	1	–	–	4	–	–	4
6. Sessel(lifte)bahnen:							
a) Achtersesselbahn	1	–	–	3	–	–	3
b) Sechssesselbahnen	1	2	1	28	1	–	29
c) Viersessel(lifte)bahnen	–	–	–	25	–	–	25
d) Dreiersessel(lifte)bahnen	–	–	–	3	–	–	3
e) Doppelsessel(lifte)bahnen	–	–	1	43	–	1	42
f) Einsessellifte	–	–	–	1	–	–	1
7. Schleplifte:							
a) Hohe Seilführung	35	1	9	132	–	–	132
b) Niedere Seilführung	15	1	2	52	–	–	52
c) Schleppaufzug	–	–	–	1	–	–	1
8. Förderbänder	6	–	–	74	1	2	73
9. Materialeilbahnen:							
a) nach dem Seilbahngesetz, Gewerbeordnung, Forstgesetz	23	–	–	21	–	1	20
b) Lawinensprengseilbahnen	5	–	–	20	–	–	20
10. Eisenbahnen	–	3	27	41	–	–	41
Gesamt	89	14	40	513	3	5	511

17. Abfallwirtschaft:

17.1 Allgemeine Abfallwirtschaftsangelegenheiten und abfallwirtschaftspolitische Maßnahmen:

Eine zeitgemäße Abfallwirtschaft erfordert ein laufendes Um- und Weiterdenken bei der Umsetzung abfallwirtschaftlicher Maßnahmen. Der dadurch bedingte äußerst dynamische Entwicklungsprozess stellt neben der raschen Änderung der rechtlichen und technischen Vorgaben eine enorme Herausforderung für alle in der Abfallwirtschaft Tätigen dar.

Bei der Tariffindung für die Entsorgung der Siedlungsabfälle wurde mitgearbeitet. Dabei konnte das Tarifniveau stabil gehalten werden.

Basierend auf den bestehenden Verträgen bezüglich der Nachsorge bzw. offenen Investitionskosten der regionalen Deponien wurden die vorgesehenen Geldbeträge zur Nachsorge ausbezahlt bzw. eingenommen (Deponiefinanzierungsbeiträge). Die eingenommenen Beiträge wurden dem Deponiefinanzierungsfonds (Nachsorge- und Haftungsfonds) zugeführt.

Im Sinne der bestmöglichen Nutzung des im Land noch zur Verfügung stehenden Deponieraums konnte unter Einbeziehung der Entsorgungswirtschaft und der Vorarlberger Wirtschaftskammer die Deponie Böschistobel neben der Funktion als Reststoffdeponie zusätzlich als Baurestmassendeponie ausgebaut werden. Somit musste kein zusätzlicher Deponiestandort für diese Deponieklasse geschaffen werden.

Die im Berichtsjahr zur Verfügung stehenden Abfallwirtschaftsdaten wurden unter dem Titel „Abfallwirtschaftsdaten Vorarlberg 2009“ in der Schriftenreihe der Abteilung Abfallwirtschaft (Vle) veröffentlicht. Die für das gegenständliche Berichtsjahr aktuellen Daten werden wie bisher in ähnlicher Form erscheinen.

Die Studie „Effizienzkontrolle des Konzeptes für die landwirtschaftliche Sautrankverwertung in Vorarlberg“ wurde veröffentlicht.

In zahlreichen internen und externen Besprechungen wurden im Rahmen der Erarbeitung neuer bzw. novellierter Rechtsmaterien die Interessen des Landes eingebracht bzw. vertreten.

Im Bereich des elektronischen Datenmanagements (EDM) wurden zahlreiche Besprechungstermine wahrgenommen und durch das Einbringen von praxisorientierten Vorschlägen an einer soweit wie möglich anwenderfreundlichen Umsetzung mitgearbeitet.

Das Elektronische Datenmanagement (EDM) wurde seitens des Bundes weiter ausgebaut und um Applikationen ergänzt. Dies erfolgte teilweise im Rahmen einer intensiven Einbindung der Länder, unter anderem auch mittels Testsystemen. Im Hinblick auf die abteilungsübergreifende Thematik wurde die landesinterne Koordination wahrgenommen.

Die von den Verpflichteten eingegebenen Stammdaten wurden im Rahmen der vorhandenen Ressourcen auf deren Richtigkeit geprüft. Auf Grund der Komplexität, der Rechtslage und der verwendeten Systematik der Anwendungen erfüllen die Daten jedoch noch nicht die gewünschte Qualität. Mit intensiver Beratungstätigkeit wurden die Verpflichteten bei der Erfüllung der einzelnen Vorschriften unterstützt und dabei bedeutend zur Steigerung der Datenqualität beigetragen.

17.2 Stoffspezifische Abfallwirtschaft:

Restabfälle:

Entsprechend den geltenden gesetzlichen Bestimmungen hat das Land dafür zu sorgen, dass geeignete Einrichtungen für die Behandlung der im Landesgebiet anfallenden nicht gefährlichen Siedlungsabfälle, die der Systemabfuhr unterliegen, zur Verfügung stehen. Eine vorausschauende Abfallwirtschaftspolitik mit konsequenter Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes bedingt, dass auch mittelfristig ausreichend Behandlungskapazitäten für u. a. nicht gefährliche Siedlungsabfälle aus Haushalten zur Verfügung stehen.

Die nicht gefährlichen Siedlungsabfälle, die der Systemabfuhr unterliegen, ausgenommen biologisch abbaubare Küchen- und Kantinenabfälle, kompostierbare Garten- und Parkabfälle sowie sonstige getrennt gesammelte Altstoffe, wurden über das Abfallwirtschaftszentrum Königswiesen in Lustenau/Fußach entsorgt. Um die Anzahl der Einzeltransporte aus den Landesteilen möglichst gering zu halten, wurden Umladestationen in Andelsbuch, Nenzing und Feldkirch errichtet. In den Umladestationen wurden die mit den Sammelfahrzeugen angelieferten Abfälle gesammelt, in Großraumcontainer umgeladen und ins Abfallwirtschaftszentrum gebracht.

Im Abfallwirtschaftszentrum Königswiesen Lustenau/Fußach wurden die kommunalen Restabfälle mechanisch vorbehandelt (Aussortierung von Alt- und Störstoffen, Zerkleinerung) und vor der weiteren Behandlung getrocknet. Die so vorbehandelten Abfälle wurden mittels Exportnotifizierungen und vertraglicher Regelungen in der Ostschweiz thermisch

Wirtschaft

behandelt. Auf der Deponie wurden lediglich geringe Mengen an ausgewählten Industrie- und Gewerbeabfällen abgelagert.

Auf Grund der besonderen örtlichen Lage und einer langfristigen Kooperationsvereinbarung mit dem Müllheizkraftwerk des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Kempten (ZAK Energie GmbH) wurden die Abfälle, die in der Gemeinde Mittelberg anfallen, mittels Exportnotifizierungen im grenznahen Ausland behandelt.

Die geschlossene Deponie Sporenegg in Andelsbuch wurde im Rahmen der Nachsorge entsprechend betreut und überwacht. Die Kosten für die Nachsorge wurden vom Nachsorge- und Haftungsfonds getragen. Die Deponie Böschistobel wird zur Ablagerung von Schlacken als Reststoffdeponie weiterbetrieben.

Biogene Abfälle:

- Küchenabfälle und Speisereste aus Haushalten:

Die im Land angefallenen Küchen- und Speisereste (außer jene aus der Gemeinde Mittelberg) wurden unter Beibehaltung des bisherigen Sammelsystems (Sacksammlung/Biotonne) getrennt gesammelt und der zentralen Bioabfallverwertungsanlage in Lustenau/Fußach zugeführt. In dieser Anlage wurden die Materialien zunächst anaerob vergoren und danach aerob kompostiert. Diese Vorgangsweise ermöglicht durch die Produktion von Biogas einerseits die Erzeugung von elektrischer Energie und andererseits eine lokale Nutzung der Abwärme im Abfallwirtschaftszentrum. Die Qualität der erzeugten Komposte war sehr hoch und erreichte die Anforderungen der höchsten Güteklasse. Die in der Gemeinde Mittelberg mittels Biotonne gesammelten biogenen Abfälle wurden auf Grund der geografischen Nähe zu Bayern in Immenstadt einer Kompostierungsanlage der ZAK Abfallwirtschaft GmbH zur weiteren Verwertung zugeführt.

Eine nicht unerhebliche Menge an biogenen Siedlungsabfällen wurde in Form der Eigenkompostierung verwertet.

- Küchenabfälle und Speisereste aus Gewerbe (Saufrank):

Im Berichtsjahr waren in Vorarlberg neun Abkochanlagen zur Hygienisierung von gewerblichen Küchenabfällen und Speiseresten in Betrieb. Dadurch bestand eine ausreichende Kapazität, um die in Vorarlberg anfallenden Mengen zu hygienisieren und danach anaerob über fünf landwirtschaftliche Biogasanlagen zu verwerten.

- Gartenabfälle, Strauchschnitt und Grünabfälle:

Der Großteil dieser Abfälle wurde über kommunale und gewerbliche Kompostieranlagen verarbeitet, sofern sie nicht direkt durch Eigenkompostierung verwertet worden sind. Ein großer Teil des Gras- und Rasenschnitts wurde auch über landwirtschaftliche Biogasanlagen verwertet. Die in Vorarlberg tätigen gewerblichen Anlagenbetreiber haben sich durchwegs auf die Erzeugung von hochwertigen Qualitätskomposten eingerichtet.

- Industrielle Abfälle biogener Natur:

Im Industriebereich fallen insbesondere Nahrungs- und Genussmittelabfälle, Abfälle pflanzlicher und tierischer Fetterzeugnisse, Abfälle aus der Verarbeitung und Veredelung tierischer und pflanzlicher Produkte, verbrauchte Filter- und Aufsaugmassen mit nicht schädlichen Beimengungen (Kieselgur) sowie Inhalte aus Fettabscheider an. Die Verwertung dieser Stoffe erfolgte als Futtermittelerersatz bzw. -ergänzung, zur Biogaserzeugung oder im Rahmen der landwirtschaftlichen Kompostierung.

- Holzabfälle:

Die unbehandelten Holzabfälle wurden über zahlreiche Biomasse-Heizanlagen im Lande energetisch genutzt. Die behandelten Holzabfälle hingegen durften auf Grund der strengen Bestimmungen der Abfallverbrennungsverordnung über eine der wenigen Biomasse-Heizanlagen behandelt werden, deren technische Ausrüstung die entsprechenden Vorgaben erfüllten. Ein Teil der Holzabfälle wurde zur weiteren Behandlung mittels Notifizierung ins Ausland verbracht.

Altstoffe:

- Altstoffe aus Haushalten und Kleingewerbe:

Die Altstoffarten Altpapier, Altglas und Altmetall wurden größtenteils über die von den Kommunen eingerichteten und betreuten Altstoffsammelinseln gesammelt. Die Kunststoffverpackungsfraction wurde hingegen beinahe ausschließlich mittels den so genannten „Gelben Säcken“ eingesammelt. In einigen Gemeinden war die Entsorgung der Altstoffe zusätzlich über Recyclinghöfe bzw. ausschließlich über solche möglich. Die Sammlung der Verpackungsabfälle erfolgte dabei im Rahmen des ARA Systems (Altstoff Recycling Austria AG).

Karitative Institutionen und diverse Vereine führten wiederum Straßen- und Containersammlungen für Altkleider und Altpapier durch.

- Altstoffe aus Industrie und Gewerbe:

Die Industrie- und Gewerbebetriebe sind für die Entsorgung ihrer Altstoffe, sofern es sich nicht um lizenzierte Verpackungen handelt, selbst verantwortlich. Die Sammlung und Verwertung wurde daher direkt über private Entsorgungsunternehmen durchgeführt. Für den Handel und das Kleingewerbe wurde eine Geschäftsstraßenentsorgung angeboten. Die Entsorgung und Verwertung der lizenzierten Verpackungen erfolgte über private Verpackungsentorgungssysteme.

Abfälle aus der Abwasserreinigung:

Der mit Abstand größte Anteil der anfallenden Klärschlämme wurde im Berichtsjahr in Vorarlberg verwertet. Der Klärschlammdünger wurde in der Landwirtschaft als Bodenverbesserungsmittel und in der Bodenrekultivierung eingesetzt, der Rest wurde in Form von Kleinmengen abgegeben. Der Vorgabe der Vorarlberger Klärschlammverordnung, wonach Klärschlämme ohne Vorbehandlung nicht auf Böden aufgebracht werden dürfen, wurde entsprochen. Im Berichtsjahr wurden im Land fünf Kompostierungsanlagen und zwei Trocknungsanlagen für Klärschlämme betrieben.

Bauschutt und Bodenaushub:

Es waren zwei Baurestmassendeponien in Betrieb, davon eine Deponie mit einem Fassungsvermögen von über 100.000 m³.

Der Großteil der Baurestmassen wurde allerdings nicht deponiert, sondern im Rahmen lokaler Verwertungseinrichtungen nach entsprechender Aufbereitung unter Einhaltung bestimmter Qualitätskriterien der Wiederverwertung zugeführt.

Weiters waren ca. 100 Bodenaushubdeponien bzw. Verwertungsprojekte für unverschmutzten Bodenaushub in Betrieb. Dabei handelte es sich vorwiegend um kleine bis mittlere Anlagen mit lokalem Einzugsbereich. Elf Anlagen wiesen eine Kapazität von über 100.000 m³ auf.

Wie in der Studie „Entsorgung von nicht gefährlichen Bodenaushüben und Baurestmassen Vorarlberg“ aus dem Jahr 2007 vorgeschlagen, wurde hinsichtlich der Entsorgungskapazitäten dieser Abfallgruppen ein Monitoring durchgeführt.

Gefährliche Abfälle:

Alle Abfallsammler und -behandler haben die von ihnen übernommenen, behandelten oder sonst bei ihnen anfallenden gefährlichen Abfälle mittels Begleitschein zu dokumentieren. In diese Begleitscheine sind Art, Menge, Herkunft und Verbleib von gefährlichen Abfällen und Altölen einzutragen und dem Landeshauptmann innerhalb bestimmter Fristen zur Eintragung in das elektronische Datenregister zu übermitteln. Die Umstellung auf eine digitale Übermittlung der Begleitscheine wurde fortgesetzt.

Das elektronische Datenregister bot nur sehr eingeschränkte Auswertungsmöglichkeiten. Trotzdem wurde die Plausibilität der Aufzeichnungen über die in den Betrieben anfallenden gefährlichen Abfälle überprüft. Ausgehend von diesen Plausibilitätsprüfungen wurden in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Anlagenbehörden zahlreiche Betriebskontrollen

Wirtschaft

durchgeführt. Stichprobenartig wurden dabei die Mengenangaben, die Herkunft und der Verbleib dieser Abfälle auf Unregelmäßigkeiten geprüft.

Problemstoffe:

Nach den einschlägigen Bestimmungen des Abfallwirtschaftsgesetzes haben alle Gemeinden mindestens zweimal jährlich eine Problemstoffsammlung durchzuführen. Derzeit werden in allen 96 Gemeinden zumindest im Herbst und Frühjahr Problemstoffsammlungen durchgeführt. Verschiedene, insbesondere größere Gemeinden, betreiben ganzjährig stationäre Problemstoffsammelstellen.

Die Problemstoffsammelstellen sämtlicher Gemeinden werden auf Einhaltung der gesetzlichen und technischen Vorgaben regelmäßig überprüft. Die Aus- und Weiterbildung des Betreuungspersonals erfolgte in Zusammenarbeit mit dem Umweltverband und den entsprechenden Abteilungen vom Amt der Vorarlberger Landesregierung.

17.3 Abfallwirtschaftliche Öffentlichkeitsarbeit und Beratung:

Wie in den vergangenen Jahren wurde durch verschiedene Aktivitäten versucht, das Bewusstsein der Bevölkerung zur Vermeidung von Abfällen und in Bereichen, wo eine Vermeidung nur sehr schwer möglich ist, zur sortenreinen Trennung von Altstoffen anzusprechen. Die Angebote und Serviceleistungen im Bereich des „E-Governments“ und im Bereich des Internets wurden aktuell gehalten.

Folgende Aktivitäten wurden umgesetzt:

- Sämtliche abfallwirtschaftsrechtlichen Verfahren des Amtes der Vorarlberger Landesregierung wurden im Wege der Abteilung Abfallwirtschaft (Vle) im Internet kundgemacht.
- Das Abfallvermeidungsprojekt „RIKKI – Schlauberger vermeiden Abfall“ wurde wie im Vorjahr weiter umgesetzt. Dabei nahmen im Rahmen des Teilprojekts „Post von RIKKI“ 60 Kindergartengruppen in 42 Kindergärten teil, womit ca. 1.050 Kindergartenkinder erreicht wurden. Beim Teilprojekt „RIKKI Schul-Show“ waren im Frühjahr 84 und im Herbst 92 Volksschulklassen beteiligt. Demnach sahen ca. 3.500 Volksschüler der 3. und 4. Klassen die Show.
- Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger wurden in Abfallfragen beraten. Angeforderte Informationsmaterialien und Studien wurden versendet. Die sehr komplexe Rechtslage erforderte eine intensive Beratung der Wirtschaftstreibenden, der Kommunen sowie anderer Institutionen. Gemeinsam mit der Vorarlberger Wirtschaftskammer wurden Schulungen und Informationsveranstaltungen angeboten.
- Im Rahmen der Vorarlberger Umweltwoche wurden Veranstaltungen abgehalten.

17.4 Abfallwirtschaftliche Projektförderung:

Das Arbeitsprojekt „Carla Möbel“ der Diözese Feldkirch wurde mit einem finanziellen Beitrag unterstützt.

Der Alpenschutzverein erhielt in Anerkennung seiner Bemühungen um die Reinhaltung der Berggebiete sowie für seine Informationsarbeit im Bereich der Abfallwirtschaft ebenfalls einen finanziellen Beitrag.

Die ordnungsgemäße Entsorgung der Altmedikamente wurde – wie in den vergangenen Jahren – zur Gänze finanziert.

Im Rahmen der Umsetzung eines Beschlusses der Landesumweltreferentenkonferenz (LURK) wurde das Projekt „Expertise Mehrweg“ des Österreichischen Ökologieinstituts unterstützt.

17.5 Sachverständigentätigkeit:

Im Rahmen von Behördenverfahren und Betriebskontrollen wurden von den Amtssachverständigen in 903 Fällen Gutachten bzw. Stellungnahmen abgegeben. Diese betrafen im Wesentlichen Fragestellungen bezüglich des Stoffstrom-

managements in Industrie- und Gewerbebetrieben, Abfallbehandlungs- und Abfallbeseitigungsanlagen, kommunale Abfallwirtschaft, Deponiefragen etc. Weiters wurden verschiedene Gutachten im Rahmen von Feststellungsverfahren nach dem Abfallwirtschaftsgesetz und dem Altlastensanierungsgesetz erstattet. Zur Unterstützung des Landesgeologen wurden im Bedarfsfall auch geologische Fragestellungen bearbeitet.

Im Rahmen der Notifizierungsverfahren zur Einfuhr von Abfällen wurden 40 Stellungnahmen an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft abgegeben. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum seitens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft 32 Notifizierungen zur Einfuhr und 57 Notifizierungen zur Ausfuhr von Abfällen, die Vorarlberg betreffen, erteilt.

Verdachtsflächen und Altlasten:

Der landesinterne Verdachtsflächenkataster von Vorarlberg wurde aktualisiert und ergänzt. Er umfasste mit Stand Ende 2010 164 Altablagerungen und 224 Altstandorte. Die Verdachtsflächen sind flächenmäßig im VOGIS dargestellt. Zu jeder Verdachtsfläche ist über den Hotlink ein Erhebungsbogen mit Details (Art der Kontamination, betroffene Schutzgüter etc.) abrufbar.

Behördliche (Stichwort UVP, UEP) bzw. private Anfragen (Stichwort Bauträgervertragsgesetz) bezüglich Verdachtsflächen wurden beantwortet. Ebenso wurden in Einzelfällen Stellungnahmen im Rahmen von Bauverfahren abgegeben.

Im Berichtsjahr wurden keine neuen Verdachtsflächen an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft gemeldet.

Bei sechs Verdachtsflächen wurden die ergänzenden Untersuchungen gemäß § 13 Abs. 1 Altlastensanierungsgesetz fortgeführt, bei einer Verdachtsfläche wurden die ergänzenden Untersuchungen abgeschlossen. Des Weiteren wurde die „systematische Erfassung von Altstandorten in Vorarlberg – Phase II“ ausgeschrieben.

17.6 Abfallrechtliche Verfahren:

Verfahren nach dem Vorarlberger Abfallwirtschaftsgesetz:

– Strafverfahren:

Da bei der Erfassung der Strafverfahren nicht in allen Bezirkshauptmannschaften nach dem Vorarlberger Abfallwirtschaftsgesetz und dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002 unterschieden wird, wird die Anzahl der Strafverfahren und die Strafhöhe beider Rechtsmaterien gemeinsam im Bericht über die Besorgung von Bundesangelegenheiten ausgewiesen.

Verfahren nach bundesrechtlichen Vorschriften:

– Genehmigungsverfahren:

Im Berichtsjahr wurden von den Bezirksverwaltungsbehörden 30 und vom Landeshauptmann 40 Genehmigungsverfahren nach dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002 abgeschlossen. Die zum Teil sehr anspruchsvollen Verfahren bedingten häufig intensive Vorbereitungen.

Weiters wurden vom Landeshauptmann 65 Berechtigungsverfahren nach dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002 durchgeführt und abgeschlossen.

Von den Bezirksverwaltungsbehörden mussten sieben Behandlungsaufträge erteilt werden.

– Feststellungsverfahren:

Gemäß § 6 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 wurden von den Bezirksverwaltungsbehörden vier Feststellungsverfahren durchgeführt. Nach § 10 Altlastensanierungsgesetz wurden vom Landeshauptmann zwei Feststellungsverfahren durchgeführt.

Wirtschaft

- Berufungsverfahren:

Im Berichtsjahr waren fünf Berufungsverfahren nach dem Abfallwirtschaftsgesetz anhängig. Davon wurden zwei Berufungen Folge gegeben und einer Berufung nicht Folge gegeben.

- Behandlungsaufträge:

Auf Grund nicht zulässiger Ablagerungen von Abfällen wurden von den Bezirkshauptmannschaften vier Behandlungsaufträge erteilt.

- Strafverfahren:

Da bei der Erfassung der Strafverfahren nicht in allen Bezirkshauptmannschaften nach dem Vorarlberger Abfallwirtschaftsgesetz und dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002 unterschieden wird, wird die Anzahl der Strafverfahren und die Strafhöhe beider Rechtsmaterien gemeinsam an dieser Stelle ausgewiesen. Die Bezirkshauptmannschaften Bludenz, Bregenz, Dornbirn und Feldkirch führten insgesamt 78 Strafverfahren durch. Die Summe der Geldstrafen betrug Euro 19.628,—.